



# Banken und Entwicklung

Welche Rolle können Banken  
bei der Minderung von Armut spielen?

Ulrike Lohr, Antje Schneeweiß:

# Banken und Entwicklung

Welche Rolle können Banken bei der Minderung von Armut spielen?

---

## ■ Impressum:

SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene

Lindenstraße 58-60

53721 Siegburg

Telefon: 02241-259734

Fax: 02241 52308

Homepage: [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

E-mail: [schneeweiss@suedwind-institut.de](mailto:schneeweiss@suedwind-institut.de)

Autorinnen: Ulrike Lohr, Antje Schneeweiß

Layout/Satz: Frank Zander

Titelfoto: Chilenische Börse (Foto: Curt Carne-  
mark / Weltbank)

Titelgrafik: Frank Zander

Endkorrektur: Dr. Peter Müller, Linda Schraml

Erscheinungsort und -datum:

Siegburg, Januar 2006

## ■ Danksagung

**Bezuschusst von der InWent gGmbH  
aus Mitteln des BMZ**

Wir danken außerdem für die großzügige Un-  
terstützung des Projekts »Banken und Entwick-  
lung« durch:

Altner Combecher Stiftung

Stiftung Apfelbaum

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	4
<b>2. Banken und Entwicklung – die Themenfelder</b>	5
<b>2.1 Kredite und Anleiheemissionen für Entwicklungs- und Schwellenländer</b>	7
Kurzer historischer Rückblick	7
Wo stehen Finanzdienstleister heute?	10
Welche Risiken bestehen für die Zukunft?	11
Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?	13
<b>2.2 Offshore-Zentren</b>	16
Kurzer historischer Rückblick	16
Wo stehen Finanzdienstleister heute?	18
Welche Risiken bestehen für die Zukunft?	22
Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?	24
<b>2.3 Projektfinanzierung</b>	27
Kurzer historischer Rückblick	28
Wo stehen Finanzdienstleister heute?	30
Welche Risiken bestehen für die Zukunft?	32
Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?	33
<b>2.4 Portfolioinvestitionen</b>	36
Kurzer historischer Rückblick	37
Wo stehen Finanzdienstleister heute?	38
Welche Risiken bestehen für die Zukunft?	40
Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?	42
<b>2.5 Kapitalverkehrskontrollen</b>	44
<b>3. Mikrofinanzen und nachhaltige Geldanlagen</b>	46
<b>3.1 Mikrofinanzen</b>	48
<b>3.2 Nachhaltige Geldanlagen</b>	50
<b>4. Anhang</b>	52
<b>4.1 Adressen</b>	52
<b>4.2 SÜDWIND</b>	53
<b>4.3 Glossar</b>	54
<b>4.4 Weiterführende Literatur</b>	56

# 1. Einleitung

Um die Jahrtausendwende standen die großen Pharmakonzerne am Pranger der öffentlichen Meinung: Für sie war es für sie jahrzehntelang selbstverständlich, Medikamente nur für jene Menschen herzustellen, die sie auch bezahlen können, ungeachtet der Bedürftigkeit jener, die krank, aber arm sind.

Genauso wird auch die Legitimation von Bankengeschäften zunehmend in Frage gestellt werden, wenn sie mit ihren Transaktionen keine Rücksicht auf die Lebenssituation von Menschen nehmen, die nicht zu ihrem bevorzugten Kundenkreis gehören.

Frau vor ATM (Foto: Eric Miller/Weltbank)



Die überall in der Welt aufkeimenden Proteste gegen Devisenspekulationen und die fortdauernde Verschuldung der Entwicklungsländer sowie die ebenfalls weltweite Gründung von Alternativ- und Mikrokreditbanken sind ein greifbares Zeichen dafür, dass eine solche Entwicklung bereits eingesetzt hat.

## ◆ Das Problem: Situation der Entwicklungsländer

*»Above all, poverty has reached unacceptable proportions.« Zdenek Turek CEO, Sub-Saharan Africa and Managing Director of Citigroup South Africa, August 2005*

Laut Weltbankstatistiken leben weltweit 2,7 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze. 1,2 Milliarden gelten als absolut arm. Sie verfügen pro Tag über weniger als einen Dollar für ihren Lebensunterhalt. Ihnen fehlt sauberes Wasser, eine menschenwürdige Behausung, der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Frauen sind von dieser Situation besonders betroffen. Die Gründe für Armut sind vielfältig. Sie reichen von der persönlichen Situation, über religiöse, historische und geografische Ursachen, bis hin zur politischen Situation eines Landes und globalen wirtschaftlichen Zusammenhängen.

Die Broschüre versucht aus diesem Bündel von Ursachen jenen Strang herauszulösen, der die Armut in Entwicklungsländern mit der Finanzwelt der Industrieländer verbindet, und aufzuzeigen, welche Handlungsmöglichkeiten sich für Banken und ihre Mitarbeitenden bieten, einen Beitrag zur Lösung dieses Menschheitsproblems zu leisten.

## 2. Banken und Entwicklung – die Themenfelder

»und die im Dunkeln sieht man nicht« schrieb Brecht und benannte damit ein Hauptproblem der Armen: Sie sind unsichtbar und ohne Stimme und daher berücksichtigen wir Ihre Situation in unseren Handlungen nicht. Nicht in den kleinen Handlungen, wie dem Kauf von Kaffee oder Schokolade, und auch nicht in Handlungen mit erheblich größerer Tragweite wie der Abschluss eines Kreditvertrags mit einem Schwellenland.

In den vergangenen Jahren hat sich dies geändert. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben mit Hilfe der Medien Zusammenhänge zwischen der Lebenssituation von Menschen aus Entwicklungsländern und dem Wirtschaftsstil der Industrieländer aufgezeigt. Seitdem wissen wir von den Nöten der Kaffeebauern in Lateinamerika und Afrika angesichts sinkender Weltmarktpreise. Wir wissen auch, dass Kredite für Großprojekte in Entwicklungsländer die Armut dort sogar noch vergrößern können.

Dieses Wissen hat vieles verändert. Fair gehandelte Lebensmittel sind flächendeckend erhältlich und in den Kreditabteilungen von Banken wird über die ökologischen und sozialen Risiken von Finanzierungen nachgedacht.

Diese Broschüre will in diesem Sinne einen Beitrag dazu leisten, Armut für Finanzdienstleister greifbarer zu machen und eine Verbindung zwischen dem Schicksal der 2,7 Milliarden Armen und ihrer eigenen Arbeit herzustellen. Vielfältige Handlungsansätze zeigen darüber hinaus auf, welche Möglichkeiten, auch oder gerade in einer verschärften Wettbewerbssituation existieren, um Entwicklungsaspekte zu berücksichtigen.

### ◆ Die Themenfelder

»Zuerst sollte man sein eigenes Haus in Ordnung bringen, bevor man sich draußen engagiert«, sagt Fombrun vom Chartered Institut of Marketing. Wohltätigkeit sei unwichtig. Um eine gute und stabile Reputation zu erwerben, müsse die Unternehmenspolitik unternehmensweit konsistent und charakteristisch sein sowie sichtbar authentisch und transparent. (Zitiert nach Susanne Bergius, Handelsblatt 31. Juli 2005)

Bankhäuser haben es sich in ihrer Geschichte immer zur Aufgabe gemacht, neben ihrer eigentlichen Geschäftstätigkeit kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten zu fördern. Oft gründeten Sie dafür Stiftungen mit einem speziellen Förderzweck. Manche gehen heute so weit, dass sie Mitarbeiter für einen Teil ihrer Arbeitszeit für soziale Arbeiten freistellen.

Damit ermöglichen Sie eine Reihe wertvoller Aktivitäten.

Einige Banken haben Standards für Corporate Social Responsibility (CSR) entwickelt, in der sie die Verantwortung ihrer Bank für »die Gesellschaft« hervorheben. Damit sind allerdings in erster Linie gemeinnützige Engagements und Stiftungstätigkeiten gemeint oder firmeninterne Einführung von Umweltstandards (Recyclingpapier, etc.). Dieses Engagement ist begrüßenswert, es lässt sich allerdings beobachten, dass die meisten Banken nur in den Bereichen Selbstverpflichtungen eingehen, in denen sie bereits negativ aufgefallen sind (Umweltschäden, Ent-

---

lassungen, etc. (Siehe auch Kapitel Projektfinanzierung) – Kodizes zur Verhinderung von Geldwäsche, Steuerflucht oder Kriminalität finden sich bisher in keiner über die bestehende Gesetzeslage hinausgehende Selbstverpflichtung. Doch auch dies gehört zu der Verantwortung der Banken gegenüber der Gesellschaft – und dies weltweit und nicht nur gegenüber ihren Kunden in den reichen Industrieländern. Es wäre wünschenswert, dass Banken nicht erst den nächsten Skandal oder die nächste Kampagne von Nichtregierungsorganisationen abwarten, in dem auf Missstände aufmerksam gemacht wird, um ihr Geschäftsgebaren auf ethische Standards hin zu überprüfen. Das, was Henderson in seinem Kodex in Bezug auf Steuerflucht richtig bemerkt, gilt für die alle Geschäftsfelder: »a scheme, that depends on something not being found out is a bad scheme« (Henderson Studie über Steuerflucht)

Das Zitat von Susanne Bergius zeigt, dass bisherige Anstrengungen in Stiftungstätigkeiten oder Papierrecycling in der Regel nicht ausreichen, um in der Öffentlichkeit als ein verantwortungsvolles Unternehmen zu gelten.

Ein sozial verantwortliches Unternehmen zeichnet sich viel mehr dadurch aus, dass es in seinem Kerngeschäft die Folgen seiner Handlungen für Menschen und Umwelt weitgehend berücksichtigt. Das gesellschaftliche und ökologische Potential der regulären Geschäftstätigkeit ist um ein vielfaches größer als das der jeweiligen Stiftungen, die nur einen Bruchteil des Geschäftsvolumens des Unternehmens ausmachen. Daher sollten Unternehmen gerade dort sozialverträgliche und umweltpolitische Regeln beachten – auch wenn innerhalb des Kerngeschäfts andere Regeln herrschen, die es schwerer machen, über die Eigeninteressen des Unternehmens hinauszudenken.

Es ist deshalb einerseits dringlicher, zum anderen aber auch wesentlich schwerer, entwicklungspolitische Gesichtspunkte in der regulären Geschäftstätigkeit von Banken zu integrieren. Genau deshalb wird sich diese Broschüre nur am Rande mit den Wohltätigkeitsaktivitäten von Banken befassen und hauptsächlich folgende

sechs entwicklungspolitisch sensible Themenfelder des Kerngeschäfts von Banken betrachten:

1. Die Kreditvergabe an und Anleiheemission für Entwicklungs- und Schwellenländer
2. Offshore-Zentren
3. Projektfinanzierung
4. Portfolioinvestitionen und Währungskrisen in Entwicklungsländer
5. Mikrofinanzierung und Mikrofinanzinstitute
6. Nachhaltige Geldanlagen und Entwicklung

Die Diskussion dieser Themenfelder hat folgende Struktur:

- Kurzer historischer Rückblick auf die Entwicklung der Diskussion
- Wo stehen Finanzdienstleister heute?
- Welche Risiken bestehen für die Zukunft?
- Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?

Diese Themen werden im Hinblick auf folgende Fragestellung behandelt:

- Wo haben Banken eine Verantwortung?
- Welche Freiräume könnten und sollten sie nutzen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?
- Welche zusätzlichen Kompetenzen sollten sie in Ihrer Arbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern hinzuziehen?
- Wo lohnt es sich, über den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen den eigenen Horizont zu erweitern?

## 2.1. Kredite und Anleihe-Emissionen für Entwicklungs- und Schwellenländer

### ◆ Kurzer historischer Rückblick

*»Die internationalen Finanzmärkte haben in den vergangenen Jahrzehnten einen beachtlichen Beitrag zur Förderung des Welthandels und zum internationalen Wohlstand geleistet. Internationale Finanzströme sind das einzige Mittel, um einen Engpass der inländischen Kapitalbildung zu mildern. Dadurch können Investitionen in größerem Umfang finanziert werden, als Mittel aus der inländischen Ersparnis zur Verfügung stehen. Der Kapitalverkehr regt zudem den globalen Transfer von Technologie und Know-how an, indem er die dafür notwendigen Importe finanzieren hilft, und fördert somit weltweit die effiziente Verwendung von Ressourcen« schreibt der Bundesverband deutscher Banken in seinen »Argumenten zum Finanzmarkt – Schuldenerlass – und dann?«*

Zu Recht verweisen Kreditinstitute auf den Beitrag, den sie zur Entwicklung leisten können, indem sie Entwicklungs- und Schwellenländern Finanzmittel zur Verfügung stellen. Dieser Kapitaltransfer hat das Potential, die meist niedrige heimische Sparquote zu ergänzen, dadurch Investitionen zu ermöglichen und Entwicklung insgesamt zu beschleunigen.

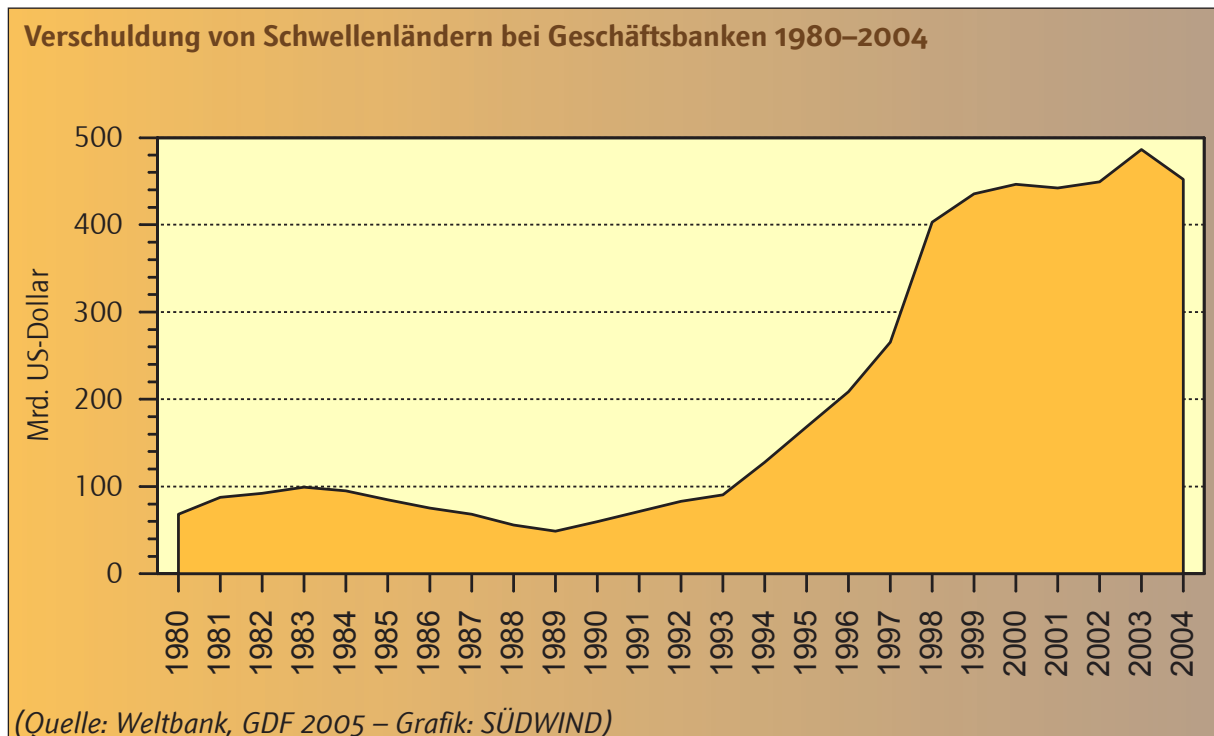
Trotzdem sahen sie sich in den neunziger Jahren massiver Kritik ausgesetzt. Besonders entwicklungspolitisch engagierte Organisationen aber auch Umweltgruppen beschuldigten öffentliche und private Geldgeber, zu wenig auf die ökologischen und sozialen Folgen ihrer Kreditvergabe geachtet zu haben.

Was war geschehen? Auch wenn es heute, nach zahlreichen Umschuldungsverhandlungen still um die Rolle privater Banken in der Finan-

zierung von Entwicklungs- und Schwellenländern geworden ist, kann ein Rückblick helfen, die Ursachen für diese Imagekrise zu beleuchten.

In den sechziger und siebziger Jahren gingen Entwicklungsökonomern davon aus, dass die Länder des Südens am Beginn einer raschen nachholenden Entwicklung stehen. Zur Beschleunigung dieser Entwicklung wurde ein Kapitaltransfer von den Industriestaaten in die sich entwickelnden Regionen der Erde empfohlen. Anfang der achtziger Jahre flossen den Banken der entwickelten Welt große Summen aus den ölfördernden Ländern zu. In dieser Situation schien es für alle Beteiligten sinnvoll, das den Banken zur Verfügung stehende Kapital als Kredit an Entwicklungsländer weiter zu geben. Rund 270 Mrd. US-Dollar wurden allein in den Jahren 1981–1983 von privaten Banken an die Regierungen von Asien, Lateinamerika und Afrika verliehen.

In den achtziger Jahren zeigte sich, dass der wirtschaftliche Fortschritt in den Entwicklungsländern nicht so zügig voranging, wie zunächst angenommen. So trug der gestiegene Ölpreis, der viele arabische Länder reich machte, dazu bei, dass das Wirtschaftswachstum der kreditnehmenden Staaten ohne Erdölvorkommen geringer ausfiel als erwartet. Gleichzeitig stiegen die Zinsen, was die zumeist zinsvariabel gestalteten Kredite enorm verteuerte. In dieser Situation war es vielen Ländern unmöglich, ihr Steueraufkommen genügend zu erhöhen, ohne das Wachstum weiter zu gefährden. Zudem regierten in zahlreichen Entwicklungsländern korrupte Eliten, die mehr an ihrer persönlichen Bereicherung interessiert waren als an der Entwicklung des Landes. Am Ende dieser Entwicklung konnten zahlreiche Länder ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen kaum noch nachkommen. Der Schuldenstand



Mexikos stieg von 41 Milliarden in 1980 auf 60 Milliarden US-Dollar 1982 und war damit untragbar für das Land geworden.

Zusätzlich zu erheblichen Kreditausfällen, die diese Entwicklung für zahlreiche Banken mit sich brachte, kritisierten Nicht-Regierungsorganisationen die Kreditvergabepolitik öffentlicher Geber und privater Banken gleichermaßen.

#### Die Hauptkritikpunkte waren dabei:

- Banken hatten Kredite oft an für ihre Brutalität und Korruption bekannte Diktaturen, z.B. in Argentinien, Südafrika oder Indonesien, vergeben. Es war bereits zum Zeitpunkt der Kreditvergabe bekannt, dass diese das Geld nicht für die Entwicklung des Landes, sondern für Militärgüter, die gegen das eigene Volk eingesetzt wurden oder für den luxuriösen Lebensstil ihrer Familien verwendeten. Die

### Überreichung des Hai des Jahres 2005

Der Finanzspekulant Robert Koch erhielt von »erlassjahr.de« 2005 den »Hai des Jahres« für seinen Versuch, sich am Staat Argentinien zu bereichern. Trotz eines Umschuldungsangebots verklagte der Preisträger Argentinien und drohte mit »schikanösen Kleinforderungen.« Der Hai des Jahres wird regelmäßig an besonders skrupellose Finanzinstitutionen oder Einzelpersonen verliehen.

(Foto: erlassjahr.de)





nachfolgenden demokratisch gewählten Regierungen hatten eine erdrückende Schuldenlast zu schultern, die sie daran hinderte, das Land aufzubauen. Solche Schulden wurden von Betroffenen als »odious debts«, als verabscheuungswürdige Schulden bezeichnet.

- Regierungen in Entwicklungsländern finanzierten mit Hilfe westlicher Banken Projekte, die in dieser Größenordnung entwicklungspolitisch keinen Sinn machten, und die nur aufgrund von Korruption zwischen Beamten der auftraggebenden Behörde des Entwicklungslandes und dem meist westlichen auftragnehmenden Unternehmen zustande (siehe Kasten) kamen.

Der Fall der Blei-Silber-Hütte in Bolivien ist nur einer unter vielen, bei denen die ohnehin schon arme einheimische Bevölkerung unter den Folgen dieser Kreditvergabe zu leiden hatte, während westliche Banken und Unternehmen daran verdienten. Unter entwicklungspolitischen, aber auch unter Imagegesichtspunkten waren deshalb zahlreiche der in den siebziger Jahren an Entwicklungsländer vergebenen Kredite ein Desaster, das es in Zukunft unbedingt zu vermeiden gilt.

### Die Blei-Silber Hütte Karachipampa in Bolivien

In den bolivianischen Anden wird seit der frühesten Kolonialzeit Metall und insbesondere Silber gefördert. Bis in die achtziger Jahre verfügte Bolivien jedoch nicht über eine eigene Schmelzhütte. Die Erze wurden in Industrieländern weiterverarbeitet. 1984 wurde die 160 Millionen Dollar teure Blei-Silber-Hütte Karachipampa mit deutschen und belgischen Entwicklungsgeldern sowie Krediten in Höhe von 20,5 Millionen Euro von der Deutsch-Südamerikanischen Bank (einer Tochter der Deutschen Bank) fertiggestellt. Diese 'Entwicklungshilfe' aus Deutschland und Belgien hatte ihren Preis: Den Bauauftrag erhielten der deutsche Konzern Klöckner und zwei belgische Firmen, obwohl dieses Konsortium das teuerste Angebot abgegeben hatte. Dies geschah auf Empfehlung einer Vorstudie, die von einer Tochterfirma von Klöckner erstellt wurde. Die Hütte sollte mit 51.000 Tonnen Metallkonzentrat jährlich beschickt werden, obwohl bereits beim Bau den deutschen Kreditgebern laut eigener Einschätzung bekannt war, dass »die Voraussetzungen einer zumindest mittelfristig ausreichenden Versorgung der Hütte mit Konzentraten zur Zeit nicht mehr gegeben erscheinen.« Die bewusst in Kauf genommene Überdimensionierung der Anlage führte dazu, dass die Hütte nie in Betrieb genommen wurde. Ein Bericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau fasst das Projekt folgendermaßen zusammen: »... ist das Projekt als völlig gescheitert einzustufen. [...] Zur Fehlentwicklung des Vorhabens hat zunächst vor allem beigetragen, dass die für einen Hüttenbetrieb ausreichende Alimentierung nicht zu erreichen war.« Die für die Hütte aufgenommen Kredite entsprachen Mitte der achtziger Jahre etwa fünf Prozent der bolivianischen Auslandsverschuldung. Bolivien zahlte bis 2001 Schulden an die deutsche und belgische Regierung für diese Entwicklungsruine ab. (Siehe: Merk, Lutz: Zum Beispiel Verschuldung)

## ◆ Wo stehen Finanzdienstleister heute?

Banken haben aus dieser Krise Konsequenzen gezogen: Nach zahlreichen Umschuldungen einzelner Länder über den »Londoner Club« haben sich private Banken aus der Finanzierung besonders der sehr armen Entwicklungsländer Afrikas zurückgezogen. In Schwellenländern und Ländern mit Ölvorkommen bestehen jedoch nach wie vor ausstehende Kredite in der Größenordnung von 182 Milliarden Dollar für das Jahr 2003 (*Weltbank, GDF 2005*).

Für neu aufgenommene Kredite an Schwellenländer übernehmen Banken heute zumeist nicht mehr die Rolle des Gläubigers. Sie organisieren vielmehr die Emission von Anleihen

dieser Staaten und tätigen den Verkauf dieser Wertpapiere an ihre privaten und institutionellen Kunden. Dafür erhalten sie von dem Staat Gebühren, die von dem Volumen der Emission abhängen. Eine weitere Einnahmequelle sind die An- und Verkaufsgebühren, die beim Verkauf der Wertpapiere an die Anleger entstehen. Neu ist, dass in den Prospekten dieser Anleihen von Schwellenländern zumeist Klauseln für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners aufgenommen werden. So besagen sogenannte »Collective Action Clauses (CAC)«, dass in der Regel eine Mehrheit von 75% der Anleihegeber für die Gültigkeit einer Umschuldung ausreicht. Eine solche Klausel schließt aus, dass einzelne Anleger – wie schon geschehen – gerichtlich gegen die von einer großen Mehrheit der Anleihebesitzer akzeptierte Umschuldung vorgehen. Diskutiert und zum Teil auch umgesetzt wird zudem

### »Prinzipien für stabile Kapitalflüsse und faire Umschuldungsverfahren in Schwellenländern«.

1. Entwicklungs- und Schwellenländer werden dazu angehalten, mit der Emission von Anleihen ausreichend Informationen herauszugeben, die es Anlegern ermöglichen, die finanzielle Situation des Emittenten einzuschätzen. Im Falle von Zahlungsschwierigkeiten sollen die Gläubiger über alle ausstehenden Kredite und deren Behandlung informiert werden.
2. Schuldner und Gläubiger sollen in einem regelmäßigen Dialog miteinander stehen. Hierfür sollen die Schuldnerländer ein Investor Relations Büro einrichten sowie makroökonomische Maßnahmen ergreifen, die ein dauerhaftes Wachstum ermöglichen. Im Falle von Engpässen sollen die Gläubiger rechtzeitig konsultiert werden, um über marktbasierende Strategien zu diskutieren, bevor eine Zahlungsunfähigkeit eintritt. Im Falle von Zahlungsschwierigkeiten werden die Gläubiger die Gewährung von Überbrückungskrediten erwägen. Diese werden um so eher gewährt werden können, wenn der Schuldner einschneidende Strukturanpassungsprogramme vornimmt und den Zahlungsverpflichtungen nachkommt.
3. Gläubiger und Schuldner stimmen darin überein, dass im Falle eines Kreditausfalls zügige Verhandlungen der beste Weg sind, um das Risiko von Rechtsstreitigkeiten zu begrenzen. Für die Durchführung von Umschuldungen wird ein Kredit-Komitee gegründet. Dieses Komitee soll nach selbst aufgestellten Regeln arbeiten und die Koordination mit anderen Gläubigern aufnehmen. Der Schuldner sollte soweit möglich die Zahlungen auch während der Umschuldungsverhandlungen wieder aufnehmen. Das Komitee strebt vor allem danach, eine Lösung zu finden, die bei der Mehrheit der Gläubiger Zustimmung findet.
4. Es soll bei der Umschuldung keine ungerichtete Diskriminierung unter den Gläubigern stattfinden.

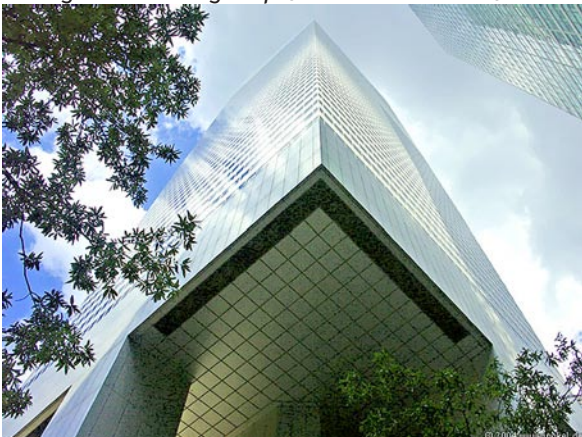
*Quelle: Institute of International France (siehe Literatur, eigene Übersetzung)*

die Einfügung einer Klausel, die festlegt, dass im Falle einer Umschuldung alle Gläubiger des Emittenten gleich behandelt werden müssen. Ziel derartiger Klauseln ist es, im Fall der Zahlungsunfähigkeit effizienter zu einer Lösung zu finden sowie langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren zu vermeiden, deren Beschlüsse keine Garantie auf Umsetzung haben.

Parallel zu diesen Maßnahmen stieg der Zufluss privaten Kapitals in den Süden wieder an. So heisst es für die neunziger Jahre: »An increasing diverse range of institutional investors, including pension funds, mutual funds, insurance companies and hedge funds – are also building portfolios of emerging market debt and equity securities. Commercial banks have once again become net creditors to emerging markets.« (Principles for Stable Capital Flows and Fair Debt Restructuring in Emerging Markets, Institute of International Finance (IIF), März 2005)

Auf die Risiken, die mit diesem erneut anschwellenden Strom privaten Kapitals in Schultitel von Schwellenländern einher gehen, reagierte das Institut of International Finance (IIF) indem es zusammen mit Vertretern von Schwellenländern die »Prinzipien für stabile Kapitalflüsse und faire Umschuldungsverfahren in Schwellenländern« ausarbeitete. Diese Prinzipien sollen vor allem das Vertrauen zwischen Schuldner und Gläubiger stärken und ein Krisen-Vorwarnsystem etablieren. Diese auf Freiwilligkeit der Akteure beruhenden Prinzipien, beinhalten im wesentlichen die vier Punkte (siehe Kasten auf S. 8).

Bankgebäude Citigroup (Foto: Mike Unkel)



## ◆ Welche Risiken bestehen für die Zukunft?

»Banks issue government bonds even in times of financial difficulty or crisis, which raises questions as to whether banks properly assess the repayment capacities of these governments. If the debts become too high and governments cannot repay the bond in due time, bond investors are pressuring to have payment on their bonds prioritised. With no international agreement on orderly bond debt restructuring or cancellation, the economy and poor people of a country suffer most from the bond repayment obligations.« (Myriam Vander Stichele in: Critical Issues in the Financial Industry, SOMI Financial Sector Report)

»No South American issuer has ever repaid principal on a 30-year bond« (Heleen Rijkens-Unger, Omni Whittington Emerging Markets, May 2005)

Die Zweifel von Frau Rijkens-Unger und Frau Vander Stichele scheinen berechtigt. Die Laufzeit der aus der Umschuldung hervorgegangenen neuen Anleihe des argentinischen Staats beträgt 42 Jahre.

Das Kreditrisiko bleibt also nach wie vor bestehen, bei den Anleihen Argentiniens genau wie bei Anleihen anderer Schwellenländer, die in Industrieländern von institutionellen aber auch von privaten Anlegern erworben werden. Das Risiko tragen im Fall von Anleihen die Käufer der Anleihe, seien es Privatkunden, ein Emerging-Markets Fonds oder ein Pensionsfonds, womit der an der Emission beteiligten Bank vor allem das Imagerisiko bleibt. Dieses Imagerisiko hat mehrere Seiten:

Nur gut informierte Kunden werden für das Ausbleiben der Zahlungen auf eine relativ hochverzinsten Schwellenland-Anleihe Verständnis haben. Bankberatern kommt deshalb die Aufgabe zu, darauf hinzuweisen, dass ein hoher Zinssatz mit einem hohen Risiko verbunden ist und dass auch Staaten zahlungsunfähig werden können.



Armut in Argentinien  
(Foto: Pedro Morazán/SÜDWIND)

Im Fall von Zahlungsproblemen des Gläubigers übernehmen die emittierenden Banken im Namen ihrer Kunden die Rolle des Verhandlungsführers gegenüber den Emittenten. Im Fall der Argentinienkrise schlossen sich Kleinanleger auf Initiative der Hypo-Vereinsbank und DWS zu der »Argentine Bond Restructuring Agency« (ABRA) zusammen, die über Jahre Druck auf die argentinische Regierung ausübte, um eine Umschuldung der hochverzinsten Anleihen des zahlungsunfähigen Landes zu möglichst günstigen Bedingungen für die Anleger durchzusetzen. Übernehmen Banken die Rolle der Wortführer für Anleihehalter zahlungsunfähiger Schwellenländer wie Argentinien, befinden sie sich in der prekären Lage, öffentlich die Interessen vermöglicher Anleger gegenüber einem Land zu vertreten, in dem wie in Argentinien zur Zeit der Umschuldungsverhandlungen jedes fünfte Kind unterernährt ist und 55 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt.

Die medienwirksame Vergabe des »Hai des Jahres« durch die Organisation 'erlassjahr.de' an den Anleihehalter Rolf Koch, der sich weigerte, den Umschuldungskonditionen des Staates Argentinien zuzustimmen und das Land mit Kleinpfändungen z.B. von Computern und Prospekten bei den argentinischen Ständen auf Tourismusbörsen schikanieren wollte, könnte der Anfang einer erneuten Aufmerksamkeit kritischer Gruppen auf die von Banken zu verantwortenden Finanzierungen von Schwellenländern sein.

Die Organisation einer Anleiheemission ist für eine Bank ein Gebührengeschäft. Die Höhe der Gebühr hängt von dem Volumen der Anleihe ab. Banken haben damit ein Interesse an einem möglichst hohen Emissionsvolumen, weil sie dadurch bei etwa gleichem Aufwand mehr Gebühren berechnen können. Dieses Streben kollidiert mit dem Interesse der Schwellenländer, sich zu möglichst günstigen Konditionen und nur so hoch wie unbedingt nötig zu verschulden. Überhöhte Volumina erhöhen zudem die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit eines Landes und kollidieren damit mit den Interessen der Anteilseigner. Banken, die in ihrem Emissionsgeschäft mit Schwellenländern die Volumina willkürlich aufblähen, setzen sich also einem doppelten Risiko aus: Zivilgesellschaftliche Gruppen werden sie anklagen, sich auf Kosten des Landes und seiner Bevölkerung zu bereichern, und Anleger werden sich darüber beklagen, dass ihr Risiko aufgrund von Eigeninteressen der Bank erhöht worden ist.

»Bei meiner IWF-Tätigkeit habe ich erlebt, wie Lebensmittelbudgets gekürzt, Sozial- und Gesundheitsetats beschnitten wurden – als Reaktion auf Bewegungen am Kapitalmarkt«, sagt Mohamed El-Erian, Fondsmanager der zur Allianzgruppe gehörenden Pacific Investment Management Company (Pimco) in einem Interview mit der Wochenzeitschrift 'Die Zeit'. »So reagiert«, heißt es in dem Artikel weiter, »der Fondsmanager höchst empfindlich, wenn Investmentbanker einzelne Länder dazu überreden wollen, das Emissionsvolumen ihrer Anleihen höher als notwendig anzusetzen. »Das maximiert die Provisionen der Banken, die die Emission organisieren und es macht die Finanzierung für die betreffenden Länder unnötig teuer.« (Die Zeit 14/2005)

## ◆ Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?

Oberflächlich betrachtet haben die Banken ihr Problem gelöst. Sie haben durch Umschuldungen, den Verzicht auf Kreditgeschäfte vor allem mit den armen Entwicklungsstaaten sowie die Verlagerung von Kreditgeschäften auf Bond-Emissionen ihr Finanzrisiko erheblich reduziert und sind trotzdem gewinnbringend am Kapitaltransfer von Industrie in Schwellenländer beteiligt und verdienen daran. Auf die Dauer ist eine solche Lösung aber nur dann tragfähig, wenn nicht nur die Banken, sondern auch ihre Geschäftspartner d.h. vor allem die Schwellenländer und ihre Bevölkerung ebenfalls davon profitieren. Aus Sicht der Entwicklungs- und Schwellenländer bestehen jedoch nach wie vor existentielle Probleme im Hinblick auf die von ihnen in vergangener Zeit aufgenommenen Schulden. Es besteht zudem keinerlei Sicherheit dafür, dass sich diese Probleme nicht mit neu aufgenommenen Schulden wiederholen. Zu diesen Problemen tragen folgende Umstände bei:

- Nicht bediente Schuldtitel, die Banken im Zuge einer Bereinigung ihrer Bücher an den Sekundärmarkt verkauft haben, bestehen gegenüber den Ländern nach wie vor. Die neuen Besitzer versuchen häufig unter Ausnutzung der durch Umschuldungen verbesserten finanziellen Situation des Landes einen wesentlich höheren Anteil auf den Titel ausbezahlt zu bekommen, als sie dafür ursprünglich bezahlt haben.
- Schulden aus Zeiten menschenverachtender und korrupter Diktaturen wie dem Suharto Regime in Indonesien oder dem Apartheidregime in Südafrika, werden nach wie vor bedient. Für die Entwicklung der Länder stehen dadurch weniger Finanzmittel zur Verfügung.
- Auch wenn viele Banken bei der Emission von Anleihen die politische Situation des Landes mehr berücksichtigen, als dies bei der Kreditvergabe in den siebziger Jahren der Fall war, tragen auch heute noch Banken dazu bei, Diktaturen mit Geldmitteln zu versorgen. So

bestehen derzeit z.B. private Handelsschulden auch jüngeren Datums gegenüber Myanmar, einer der brutalsten und international geächteten Militärdiktaturen.

- Nach wie vor gibt es Dutzende hoch verschuldeter Entwicklungs- und Schwellenländer, deren Zins- und Tilgungszahlungen an öffentliche und private Gläubiger ein ernsthaftes Entwicklungshindernis darstellen, die aber gleichzeitig auf regelmäßige Kapitalzuflüsse aus öffentlichen und privaten Quellen angewiesen sind. Beispielländer hierzu sind Indonesien und, auch nach der Umschuldung, Argentinien. Oftmals stehen hier die Verpflichtungen der Rückzahlungen der Schulden in direkter Konkurrenz mit essentiellen Entwicklungsaufgaben, wie dem Ausbau des Gesundheits- und des Bildungswesens.

All dies sind tief greifende Probleme in der privaten Entwicklungsfinanzierung. Solange sie bestehen, werden private Banken, die sich in diesem Bereich engagieren, ein erhebliches Reputations- und Zahlungsausfallrisiko haben. Diese Risiken lassen sich nur dadurch reduzieren, dass die Situation der Bevölkerung eines Landes berücksichtigt wird. Anstatt à priori davon auszugehen, dass jeder Kapitaltransfer die Situation eines Landes verbessert, sollten die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die konkreten Auswirkungen eines Kredits und seiner Rückzahlungsverpflichtungen analysiert werden. Folgende, bisher wenig in der Kreditwürdigkeit eines Staates verwendete Indikatoren können eine wertvolle Hilfestellung für die Analyse leisten.

### Zu Menschenrechten:

Freedom House veröffentlicht jährlich ein weltweites Ranking über Menschenrechte, Presse- und Wahlfreiheiten. Darin werden die Staaten nach 'frei', 'teilweise frei' und 'unfrei' unterteilt. Siehe: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)

### Zu Korruption:

Transparency International publiziert jedes Jahr das globale Korruptionsbarometer.

Siehe: [www.transparency.org](http://www.transparency.org)

### Zum Entwicklungsstand einzelner Länder:

Der aktuelle Stand der Millenniumsziele ist auf einer Seite der UNDP aufzurufen: <http://www.undg.org/content.=79&page=1&detailed=&basic=%BD%03m=all&sort=country&refreshprofile>

2005 regte der IWF an, für Schuldentragefähigkeitsanalysen von Entwicklungsländern die Erreichung der MDGs (siehe Kasten) mit heranzuziehen. Dies bedeutet, dass im Bereich der öffentlichen Schulden die soziale Situation in einem Land deutlich mehr Gewicht bekommt. Dieser Entwicklung wird sich der private Sektor nicht entziehen können. Eine Berücksichtigung der sozialen Lage, so wie sie sich in den regelmäßig erarbeiteten und im Internet verfügbaren Berichten der Entwicklungs- und Schwellenländer darstellt, sollte deshalb auch für jede Bank selbstverständlich werden und in den Emissionsprospekt unter dem Kapitel allgemeiner Lage aufgenommen werden.

Ein Blick in die Geschichte verrät, dass der Zustand der Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit, sei es von Unternehmen oder Privatpersonen, einer Regulierung bedarf. Auf die Dauer

wird es notwendig sein, ein solches Verfahren auch für Staaten zu etablieren. Die von IFF entwickelten »Prinzipien für stabile Kapitalflüsse und faire Umschuldungsverfahren in Schwellenländern« bedienen sich in ihrem Titel zwar der Rhetorik von Kampagnen für den Schuldenerlass, werden jedoch dem Problem, in dem sich überschuldete Schwellenländer befinden, nicht wirklich gerecht. Sie appellieren letztendlich lediglich an die Dialogbereitschaft beider Seiten bei fortlaufenden Zins- und Tilgungszahlungen. Das Vorgehen des argentinischen Präsidenten Kirchner zeigt, wie weit dieser Vorschlag von der Realität der betroffenen Länder entfernt ist.

Eine wirkliche Chance liegt für Banken dagegen in der Auseinandersetzung mit dem seit 2000 in der Diskussion stehenden Fairen und Transparenten Schiedsverfahren (FTAP). Es ist wesentlich weitreichender als die »Prinzipien« und beschreibt die auf Dauer unumgängliche Vision eines Konkursverfahrens für Staaten, so wie sie bereits in den USA für Bundesstaaten praktiziert wird. Ein Dialog mit Nichtregierungsorganisationen über diese Verfahren, seine Praktikabilität und Umsetzungsmöglichkeiten

## Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen

Im September 2000 kamen die Staats- und Regierungschefs von 150 Ländern zu einem Gipfeltreffen in New York zusammen. Als Ergebnis des Treffens verabschiedeten sie die sogenannte Millenniumserklärung. Sie ist der Beginn einer neuen globalen Partnerschaft für Entwicklung. In der Erklärung setzten sie sich acht internationale Entwicklungsziele, die »Millennium Development Goals (MDGs)«:

1. den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren;
2. allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen;
3. die Gleichstellung der Geschlechter und die

politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders im Bereich der Ausbildung;

4. die Kindersterblichkeit verringern;
5. die Gesundheit der Mütter verbessern;
6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen;
7. den Schutz der Umwelt verbessern;
8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

Mit vereinten Kräften will die internationale Gemeinschaft diese Ziele bis zum Jahr 2015 erreichen.

wäre für beide Seiten sehr lohnend. Für langfristig orientierte Banken muss das Bestehen eines solchen Verfahrens eine große Erleichterung sein. Es bietet ihnen nicht mehr und nicht weniger als eine solide rechtliche Grundlage für die

Kreditvergabe an Staaten und führt sie aus der derzeitigen Situation von zeitaufwendigen, kostenträchtigen und im Ausgang unsicheren Verhandlungen heraus.

### Das FTAP: Die Forderung nach einem Fairen und Transparenten Schiedsverfahren

Ziel eines Fairen und Transparenten Schiedsverfahrens (FTAP) ist die Überwindung der Überschuldung von Staaten des Südens. Anders als die existierenden von den Gläubigern entwickelten und dominierten Verfahren orientiert sich ein FTAP an den grundlegenden Prinzipien eines Insolvenzverfahrens, d.h. vorrangige Respektierung der Menschenrechte aller Betroffenen, anerkannte rechtsstaatliche Standards sowie faire Lastenteilung unter allen am Verfahren Beteiligten. Kernelemente eines FTAP sind deshalb:

- Die unparteiische Entscheidungsfindung durch eine selbst nicht vom Verfahren betroffene Person oder Institution.
- Die Sicherstellung des »Existenzminimums«, d.h. für das Überleben der Bürger notwendige Maß an Ressourcen sowie der Schutz der Souveränität des Schuldnerstaates.
- Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Schuldnerstaates durch eine ebenfalls neutrale Instanz, die keine eigenen wirtschaftlichen Ziele auf der Gläubiger- oder der Schuldnerseite verfolgt.
- Die vorläufige Einstellung sämtlicher Zahlungen gegenüber allen Gläubigern als Voraussetzung für die Eröffnung des Verfahrens.

Über diese essentiellen Punkte hinaus soll das FTAP in einigen Bereichen gegenüber den bisherigen unfairen und ineffizienten Verfahren

Verbesserungen herbeiführen. Die Leitlinien dafür sind die Folgenden:

1. **Transparenz:** Das gesamte Verfahren muss öffentlich und nachprüfbar sein.
2. **Partizipation** der Zivilgesellschaft in allen Phasen.
3. **Monitoring:** Die Zivilgesellschaft überprüft die Ergebnisse des FTAP-Prozesses kritisch, z.B. durch ein Public Auditing.
4. Feststellung der **Legitimität** bzw. Illegitimität von Ansprüchen.
5. Definition des zu schützenden **Existenzminimums**.
6. **Selbstverpflichtung** des Schuldnerlandes. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen wird durch die Betroffenen, d. h. die Gläubigerseite und Zivilgesellschaft des Schuldnerlandes (siehe: »Monitoring«), überwacht.
7. **Ein umfassendes Verfahren:** Grundsätzlich müssen alle Forderungen an den souveränen Schuldner in das Verfahren einbezogen werden. Im Grundsatz sollten auch alle vor Beginn des Verfahrens legitimen bestehenden Forderungen, unabhängig von der Identität des Gläubigers, gleichbehandelt werden.

Siehe: [www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de). Die vorliegende Fassung wurde leicht gekürzt übernommen.

## 2.2. Offshore-Zentren

*Dr. Fischer, Vorstandsvorsitzender der WestLB auf die Frage des »Spiegel«, was dagegen spräche, Offshore-Zentren abzuschaffen: »Nichts, sie sollten wirklich abgeschafft werden. Es ist allerhöchste Zeit, sie ohne mit der Wimper zu zucken, zur Kooperation zu zwingen oder aus den Finanzmärkten auszuschließen«. Frage: Hat das die Finanzindustrie nicht selbst in der Hand? »Na ja, wenn wir es nicht machen, macht es die Konkurrenz. Die Kunden wollen das nutzen, so lange es geht. Wir wären aber froh, wenn wir in abgestimmten internationalen Aktionen mit diesem Quatsch Schluss machen würden. Wir sehen ja in Verbindung mit dem internationalen Terror, wie gefährlich diese Lücken in der internationalen Rechtsordnung sind. Davon kann nach dem 11. September niemand mehr Interesse haben« (Interview mit dem »Spiegel« vom 20.3.2002).*

Seit dem 11. September 2001 sind Offshore-Zentren (OFZ) als Geldwäscheplätze für den internationalen Terrorismus verstärkt ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt. Die Brookings-Institution, die seit 35 Jahren Daten über Geldwäsche sammelt, schätzt, dass internationale Terrorgruppen über Einkünfte in Höhe bis zu 1,5 Billionen US-Dollar aus Spenden, Drogengeschäften, Erpressungen, etc. verfügen. Etwa zwei Drittel davon lassen sie über Banken in Steueroasen reinwaschen und finanzieren dann damit an der Finanzaufsicht vorbei den Terror.

### Banken als Handlanger für Geldwäsche und internationalen Terrorismus

Doch nicht nur der internationale Terrorismus, auch kriminelle Vereinigungen, Drogenkartelle, und »Privatsünder« nutzen die Steueroasen, um ihr illegal verdientes Geld reinzuwaschen. Die fehlende Kontrolle über die Unternehmen und Banken hat Kriminalität, Geldwäsche und Korruption in Steueroasen gefördert. Die Folgen sind

Steuerausfälle für Staaten, geplünderte Staatskassen in Entwicklungsländern und dafür dicke Konten der geflohenen Politiker in Übersee. Die Diktatoren Dr. Duvalier (Haiti), Ferdinand Marcos (Philippinen), Mobuto Sese Seko (Zaire) oder Suharto (Indonesien) sind nur die prominentesten Beispiele (siehe auch Kasten zu Nigeria). Auch die finanzielle Macht der Terrororganisationen hätte ohne Mitarbeit und Duldung von Banken nicht ein solches Ausmaß erreichen können. Terror ist auch ein Entwicklungshemmnis, denn er trifft vor allem die Menschen in Ländern wie Irak, Pakistan, Indonesien etc., die unter den Terrorattacken leiden. Es sind unschuldige Arbeitssuchende vor Polizeistationen, Angestellte von Hotels und Sicherheitsdiensten oder einfach nur Passanten, die es sich nicht leisten können, in sicheren Zonen zu leben. Der Terror zementiert auch Armut – denn dort wo Angst herrscht, bleiben Investoren aus und eine wirtschaftliche Entwicklung kann nicht stattfinden.

Banken, die in Offshore-Zentren tätig sind, tragen damit eine Verantwortung dafür, dass illegale Geschäfte nicht weiter über sie abgewickelt werden können und Veruntreuung von Geldern, Kriminalität, etc. sich nicht frei entwickeln können.

### ◆ Kurzer historischer Rückblick

Erste Möglichkeiten für Offshore-Operationen wurden bereits 1936 auf den Bahamas geschaffen. Man kam damit britischen und kanadischen Finanzinstituten entgegen, die ihren reichen und internationalen Kunden einen besonderen Service anbieten wollten (*IWF 2002: 4*). Innerhalb kürzester Zeit wurden solche Operationen auf andere britische Überseegebiete ausgeweitet, wie Anguilla, die British Virgin Islands, die Kaimaninseln und einigen anderen.



In den 1950ern wuchs das Interesse amerikanischer Unternehmen, Kapitalverkehrskontrollen zu umgehen, um ohne große Steuereinbußen Direktinvestitionen in Europa tätigen zu können.

Die Verschärfung der Bankenaufsicht in den USA in den 1960ern und 70ern (strengere Eigenkapitalvorschriften, Zinsobergrenzen, Offenlegungspflichten, Devisenkontrollen, Beschränkung der Palette zulässiger Finanzprodukte und Kreditvergabe an Ausländer) galt nicht für ausländische Töchter amerikanischer Banken und stimulierte die Aktivitäten der USA im Ausland. Die britische Regierung erklärte schließlich die City of London zum Gebiet, in dem britische und ausländische Banken Geschäfte in US-Dollar zu günstigen Konditionen abwickeln durften und

wurde damit das erste Offshore-Zentrum auf europäischem Boden. Die Einführung einer Quellensteuer auf Zins- und Dividendeneinkommen in den meisten Industrieländern macht es für kleine Staaten attraktiv, für Ausländer Sonderkonditionen zu bieten, um deren Kapital anzuziehen. Vor allem britische Inseln in Europa (Guernsey, Jersey) und in Übersee (Kaimaninseln, British Virgin Islands), aber auch europäische Kleinststaaten (Monaco, Liechtenstein etc.), die in der Regel weder über viel Industrie, noch über eigene Rohstoffe verfügten, schufen sich damit ein wirtschaftliches Standbein. In den 1970ern schufen Luxemburg, Liechtenstein, Andorra und die Schweiz günstige Bedingungen für ausländische Finanzinstitute. Die strenge Wahrung des Bankgeheimnisses war für Anleger und Unternehmen

### Nigeria: Die Milliarden des Abacha-Clans

Diktator General Sani Abacha regierte in Nigeria zwischen 1993 und 1998. Erst nach seinem Tod und dem Sturz seines von Familie und Seilschaften getragenen Regimes kam das Ausmaß der von seinem Regime veruntreuten Summen ans Licht. Nach konservativen Schätzungen wurden 4,3 Milliarden US-Dollar auf Konten der Familie ins Ausland transferiert (OECD 2001). Schon während der Regierung Abachas stand das Regime wegen Menschenrechtsverletzungen, brutaler Unterdrückung der Opposition, Verfolgung von kritischen Journalisten und politischen Gegnern international in der Kritik. Doch trotz allem haben Banken aktiv bei der Veruntreuung der Gelder mitgewirkt. Ein Bericht der Eidgenössischen Bankenkommission enthüllte 2000, dass die Credit Suisse und drei weitere schweizerische Institute Abacha dabei geholfen haben, über 600 Millionen US-Dollar illegal außer Landes zu bringen. Der Bericht rügt die Institute, ihre Sorgfaltspflicht eklatant verletzt zu haben und Anhaltspunkte über die dubiose Herkunft dieser Gelder ignoriert zu haben. Aber auch 15 weitere namhafte Banken werden in dem Bericht genannt, darunter Merrill Lynch, die Citigroup, Commerzbank und Barclays.

Nach dem Sturz des Regimes wurden die Bankkonten des Abacha-Clans in der Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein gesperrt. Die hoch verschuldete Regierung Nigerias bemühte sich bereits 1999 in einem Rechtshilfebegehren an die Schweiz, die Gelder so weit wie möglich zurückzuholen. Erst im Jahre 2005 wurde nach langen Verhandlungen beschlossen, dass 450 Millionen Dollar von Genfer Konten nach Nigeria zurücktransferiert werden. Das Geld, das den Bürgern Nigerias gestohlen wurde, fehlt dem Staat, um seine Ausgaben unter anderem für Schulen, Krankenhäuser, Rentenzahlungen, etc. zu tätigen.

Bei Recherchen fällt auf, dass die Höhe der veruntreuten Gelder mitunter sehr unterschiedlich beziffert wird (Zwischen 16 Milliarden und nur einigen Dutzend Millionen). Auffällig ist außerdem, dass einzig die Schweizer Behörden und Banken sich um eine – öffentlich zugängliche – Aufklärung bemüht haben. Damit sind sie entgegen ihrem schlechten Ruf als einzige für eine öffentliche Aufklärung eingetreten. Andere Länder und Finanzinstitute sind diesem Beispiel bisher nicht gefolgt.

gleichermaßen attraktiv. Neben Bankgeheimnis und Steuerersparnis waren auch die kaum vorhandene Finanzaufsicht in vielen der OFZ für Banken und Unternehmen ein Anreiz, dort geschäftlich Fuß zu fassen.

Seit den 1990ern bieten auch mehrere Entwicklungs- und Schwellenländer günstige Konditionen für Offshore-Aktivitäten (z.B. Liberia, die Dominikanische Republik und Panama).

Die Gebühren für Banklizenzen sind überall recht günstig – große Unterschiede gibt es aber in der Handhabung der Aufsichtspflicht und Kontrolle. Es gibt inzwischen eine Reihe von Initiativen, unter anderem der OECD, zur Bekämpfung der Geldwäsche. Ohne eine ernst gemeinte Mitarbeit der Offshore-Zentren, ihre Aufsicht zu verstärken, sowie der Banken, ihre Kunden stärker unter die Lupe zu nehmen, werden all diese Beschlüsse das Problem jedoch nicht lösen können.

Das Beispiel der Verwicklung von Banken in die Affäre des nigerianischen Diktators Sani Abacha ist nur eine von vielen Skandalnachrichten, die das Ansehen der Offshore-Banken seit den 1990ern in der Weltöffentlichkeit sinken ließen. Doch vor allem seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 ist die Handlungsnotwendigkeit zur Regulierung und die Verpflichtung der Banken, sich nicht für kriminelle Zwecke missbrauchen zu lassen, weit nach oben auf die Tagesagenda gerückt. Für Viele sind Offshore-Aktivitäten zu einem Synonym mit Steuerflucht, dubiosen Geschäften und Briefkastenfirmen für illegale Zwecke geworden. Neben dem tatsächlichen Problem der hohen Kriminalitätsrate von Offshore-Aktivitäten ist auch das Image derjenigen Firmen, die sich dort betätigen in Mitleidenchaft gezogen.

## ◆ Wo stehen Finanzdienstleister heute?

■ **Zahl Offshore-Zentren:** 37 (OECD 2000: 14)

■ **Die größten Offshore-Zentren weltweit:**

- Hong Kong SAR
- City of London
- New York
- Tokio
- Die Kaimaninseln

■ **Zum Beispiel Kaimaninseln (IFW 2002: 12):** allein auf Kaiman-Inseln sind 43 der 50 weltgrößten Banken vertreten. 450 Banken waren dort 2004 registriert.

■ **Einige Zahlen und Daten zu Offshore-Zentren**

- Das verwaltete Vermögen in Offshore-Zentren wird auf zwischen 6 und 11 Billionen US-Dollar geschätzt.
- Das Bruttonettoprodukt aller Entwicklungsländer lag 2004 bei 7,3 Billionen US-Dollar (Weltbank GDF 2004).
- Die Terrornetzwerken zugeordneten Gelder belaufen sich schätzungsweise auf 1,5 Billionen US-Dollar (Brookings-Institution), ein Großteil davon wird in OFZ gewaschen oder ist dort angelegt.
- Zwischen 600 Mrd. und 1,5 Billionen US-Dollar werden nach Schätzungen jährlich in OFZ gewaschen (OECD 2001).
- Auf den karibischen OFZ wird jährlich ein Vielfaches von deren BIP umgesetzt (IWF 2002: 6).

Anzahl der Banken in Offshore-Zentren: / Anzahl Internationaler Business Corporations					
	Grenada	Bahamas	Barbados	British Virgin Islands	Kaimaninseln
<b>Banken</b>	44	415	0	0	450
<b>International Business Corporations</b>	3.400	100.092	3.399	314.158	49.656

Nahezu alle der international agierenden Banken haben heute Töchter oder Dependenz in Offshore-Zentren. Allein auf den Kaimaninseln sind 43 der 50 größten Banken vertreten. Die Art der OFZ und das Engagement der Banken variiert hierbei sehr. Die meisten Banken haben ihre Zentralen oder Filialen in den großen Finanzzentren London, New York, Tokio, etc. Auf den »klassischen Offshore-Inseln« besitzen sie hingegen meistens nur eine Briefkastenfirma und regeln die Geschäfte von Übersee aus. Der Anteil der verwalteten Vermögen der Banken in OFZ variiert beträchtlich, je nach Strategie des Unternehmens. Genaue, öffentlich zugängliche Zahlen existieren jedoch nicht. Das und die wenigen Meldebestimmungen erklären auch, warum Schätzungen über das in OFZ verwaltete Vermögen beträchtlich variieren. Es wird auf zwischen 6 und 11 Billionen US-Dollar beziffert.

OFZ ermöglichen Firmen und solventen Privatkunden Steuerzahlungen zu minimieren; deshalb ist die Nachfrage an Dienstleistungen, Konten, Offshore-Fondsanteilen, etc. nach wie vor

gewaltig. Die Mehrheit der Banken bietet daher auch Serviceleistungen aus Offshore-Zentren an: Fonds, Vermögensverwaltung und vieles mehr. Andere Firmen haben sich darauf spezialisiert, bei der Eröffnung einer Briefkastenfirma oder sogar einer Bank innerhalb von 24 Stunden behilflich zu sein. Unter diesen Anbietern finden sich auch einige schwarze Schafe, wie das Beispiel im Kasten unten zeigt.

Allein der Ausfall an Unternehmenssteuern ist für die Staatshaushalte immens. Schätzungsweise entgehen ihnen jährlich weltweit Steuereinnahmen auf 600–700 Mrd. US-Dollar an Jahresrendite (*Blue 21*). Dieses Geld fehlt Regierungen, um ihre Staatshaushalte zu finanzieren und damit auch Geld für Bildung, Soziales und das Gesundheitswesen.

Nicht nur Firmen, auch private Anleger nehmen gerne die Leistungen von Offshore-Zentren in Anspruch. Nach Schätzungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft haben Bundesbürger in Ländern wie der Schweiz und Liechtenstein über

### Internetwerbung der Firma Witherspoon, Seymour & Robinson Corporation

#### Offshore-Firmengründung Belize

Die Offshore-Gesellschaft ist die ideale Rechtsform wenn Sie Wert auf Anonymität und Diskretion legen, keinerlei Geschäftsinformationen ausforschbar sein sollen und wenn Sie Haftungsschutz und Steuerbefreiung genießen wollen. Selbstverständlich legal und gesetzeskonform.

#### Die wichtigsten Vorteile sind:

- Anonymität, Geheimhaltung Ihrer persönlichen Daten durch Rechtsanwalt, Diskretion, höchste Stufe an Datenschutz garantierter Haftungsschutz ohne Stammkapitalpflicht, Steuerbefreiung, keine Besteuerung jedweder Einkünfte, keine Buchführungspflicht, kein Nachweis der Mittelverwendung, keine Betriebsprüfungen, keine Befähigungsnachweise.

Die Gründung in Belize dauert 1–2 Tage. Die Firma wird mit Ihrem Wunschnamen registriert. Die Abwicklung ist dabei denkbar einfach. WSR wird für Sie die Gründungsanträge aufbereiten und einreichen. Sie können die Gründung also bequem von Ihrem Schreibtisch aus veranlassen. Sobald wir von den Behörden die Gründungsbestätigung erhalten, leiten wir Ihnen die Daten per Email zu und bereiten die Dokumentenmappe auf. Diese enthält dann alle Originalurkunden und verbleibt bei Ihnen. Die Gesellschaft in Belize ist von jeglichen Einkommenssteuern, Umsatzsteuern etc. befreit. Sie darf praktisch jede gewerbliche Tätigkeit ausführen. Es können Geschäftsbeziehungen zu Kunden und Lieferanten weltweit aufgebaut werden.

350 Mrd. Euro angelegt. Der Bundesrepublik entgehen auf diese Weise jedes Jahr rund 15 Mrd. Euro an Steuereinnahmen (*Spiegel* 26.2.2004). Das Phänomen der Steuerflucht in Deutschland wurde von der Politik in den letzten Jahren heftig diskutiert und es wurde versucht, gesetzgeberisch einen Riegel vorzuschieben. Die Gesetzesinitiative zur Rückkehr von Steuerflüchtlingen mit Hilfe einer Steueramnestie hat jedoch bisher nur wenig Wirkung gezeigt. Trotz gesetzlicher Verbote ist es für die Anleger offenbar immer noch attraktiv, ihr Geld zu verstecken. Eine Vielzahl von Banken unterstützt sie dabei. Letztere weisen dabei jegliche Verantwortung von sich, indem sie betonen, dass sie ihre Kunden ja schlecht dazu zwingen könnten, dem Fiskus Bericht zu erstatten. Dieses Argument ist nicht stichhaltig und zeugt vor allem davon, dass diese Banken kein Interesse daran haben, daß ihnen ihr Geschäft durch Regulierungen von den Regierungen verleidet wird. Aber auch Banken benötigen, um in einem Land ihr Geschäft ausüben zu können, ausgebildetes Personal, ein funktionierendes Rechtswesen und Sicherheit. Der Aufbau und die Haltung einer unabhängigen Justiz, einer Polizei und einer unbestechlichen Bürokratie kosten den Staat Geld. Es kann nicht im Interesse der Banken liegen, Staatseinnahmen zu untergraben und somit letztendlich ihre eigene Geschäftsbasis zu gefährden. Handel in wirtschaftlich und politisch instabilen Staaten bedeutet immer ein großes Risiko, wie zahlreiche Banken Krisen in Entwicklungs- und Schwellenländern, von denen auch internationale Banken betroffen waren, gezeigt haben.

### Welche Initiativen gibt es bisher?

*Finanzinstitute können Regierungen und ihren Behörden beim Kampf gegen Terrorismus behilflich sein. Sie können diesen durch Prävention, Erkennung und Informationsaustausch unterstützen. Sie sollten sich zum Ziel setzen, den Zugriff terroristischer Organisationen auf ihre Finanzdienstleistungen zu unterbinden. Sie sollten ihre Regierungen in deren Bemühungen unterstützen, Fälle mutmaßlicher Terrorismusfinanzierung aufzuspüren und Behördenanfragen umgehend beantworten. (Auszug aus der Wolfsberg-Erklärung zur Unterdrückung der Terrorismusfinanzierung)*

Seit einigen Jahren wurden die Bemühungen über eine Eingrenzung von Geldwäsche, Austrocknen der Finanzquellen des Terrorismus bis hin zu Überlegungen über eine Schließung

### Die Wolfsberggruppe

**Mitglieder:** ABN Amro Bank, Banco Santander, Banko Tokyo-Mitsubishi, Barclays, Citigroup, Credit Suisse Group, Deutsche Bank, Goldmann Sachs, HSBC, J.P. Morgan Chase, Société Générale, USB AG.

**Urheber:** Die 12 Mitgliedsbanken, Transparency International, Finanzexperten der Universität Basel.

**Ziele:** Veröffentlichung einer Selbstverpflichtung der Mitgliedsbanken, durch die ihr Geschäft vor Geldwäsche, Kriminalität und Terrorismus geschützt werden soll.

**Mittel:** Selbstverpflichtungen in Bezug auf Überwachung und Screening der Kunden; Unterdrückung der Terrorismusfinanzierung, sowie Grundsätze für das Korrespondenzgeschäft und für das Private Banking Geschäft.

von OFZ verstärkt. Auf der internationalen wirtschaftspolitischen Ebene sind eine ganze Reihe von Initiativen und Arbeitsgruppen entstanden (siehe unten). Von Seiten der Finanzdienstleister sind weitaus weniger Aktivitäten zu verzeichnen. Die im Jahr 2000 gegründete Wolfsberggruppe ist hier Vorreiter.

Zwölf internationale Großbanken erarbeiteten gemeinsam mit Vertretern von Transparency International und Wirtschaftsexperten der Universität Basel ein Regelwerk für das Geschäft von Privatbanken in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismus und Kontrolle der Kunden (sogenannte know-your-customer-policies). Die Prinzipien der Wolfsberggruppe sind ein wichtiger Schritt seitens des Privatsektors, gegen Kriminalität in ihrem Geschäftsfeld vorzugehen. Bisher haben sich jedoch erst 12 der 50 größten Banken weltweit zu ihrer Verantwortung bekannt, diese Grundsätze zu unterstützen.

### Initiativen auf der wirtschaftspolitischen Ebene

Auf der internationalen politischen Ebene hat es seit September 2001 verstärkt Bemühungen gegeben, um zumindest kriminelle Handlungen und Geldwäsche in OFZ zu verhindern. Nur in einer dieser Initiativen, dem Financial Stability Forum, sind im Vorstand Banken vertreten.

#### ■ Financial Action Task Force (FATF)

**Mitglieder:** rund 30 Staaten

**Urheber:** G7

**Ziele:** Schutz des Finanzsystems vor kriminellem Missbrauch durch Geldwäscheaktivitäten.

**Mittel:** Seit 1996 40 Empfehlungen zur Geldwäschebekämpfung.

Veröffentlichung einer schwarzen Liste von Offshore-Zentren, die bei Geldwäschebekämpfung nicht kooperieren.

#### ■ Financial Stability Forum (FSF)

**Mitglieder:** Finanzminister, Notenbankchefs, Vertreter von Aufsichtsbehörden und internationale Finanzinstitutionen.

**Ziele:** Erarbeitung von Vorschlägen zur Reform des internationalen Finanzsystems und Empfehlungen zur Vermeidung von Finanzkrisen.

**Mittel:** Planung und Durchführung obliegen dem IWF. Ein seit 2000 laufendes Beurteilungs-Programm der OFZ wird voraussichtlich erst 2007 abgeschlossen.

#### ■ Basel Committee on Banking Supervision

Das Basel Komitee hat ebenfalls Richtlinien für Banken zur Eindämmung der Geldwäsche erarbeitet.

**Mitglieder:** Vertreter von Zentralbanken.

**Ziele:** Erarbeitung von Richtlinien für Banken zur Bekämpfung der Geldwäsche und internationalem Terrorismus.

**Mittel:** Veröffentlichung von Richtlinien für Banken.

## ◆ Welche Risiken bestehen für die Zukunft?

Die Probleme und Risiken beim Offshore-Banking sind, wie bereits gezeigt, mannigfaltig. Zwar gibt es auf multinationaler Ebene mehrere Initiativen um Probleme einzudämmen. Im Mittelpunkt stehen dabei:

- Geldwäscheaktivitäten und andere kriminelle Machenschaften;
- Gefahren für die Stabilität des internationalen Finanzsystems sowie;
- Steuerflucht.

All diese Initiativen werden jedoch zahnlöse Tiger bleiben, wenn nicht die für OFZ zuständigen Behörden und insbesondere auch die Banken, über die die Geschäfte abgewickelt werden, auf allen Ebenen kooperieren.

### Geldwäsche und Kriminalität

*»In allen wichtigeren Fällen von internationaler Wirtschaftskriminalität und internationaler Geldwäscherei sind Domizilgesellschaften aus Off-Shore-Ländern benutzt worden« (Paolo Bernasconi, Schweizer Richter und Experte für Wirtschaftskriminalität, 1999)*

Das Beispiel Nigerias zeigte bereits konkret, wie Banken Diktatoren geholfen haben, Gelder der Staatskasse illegal außer Landes zu bringen. Steuern und Entwicklungshilfegelder, die in den sehr armen Staaten häufig einen bedeutenden Teil des Staatshaushalts ausmachen, werden den Menschen des Landes und indirekt auch den Steuerzahlern in den Industrieländern, die die Gelder für Entwicklungshilfe aufbringen, gestohlen. Wenn sich nicht alle Banken dazu verpflichten, den Hintergrund ihrer Kunden sorgfältiger zu durchleuchten und illegale Geschäfte zu melden, machen sie sich weiter zu Handlangern Diktatoren, Terroristen, Drogenkartellen und anderen Kriminellen.

Neben dem Risiko juristisch als Handlanger belangt zu werden, besteht aber auch die Gefahr des Reputationsverlustes. Für ein Finanzinstitut kann der Ausfall eines Kredites oder ein verlorener Prozess im Einzelfall aus der Portokasse bezahlt werden, der Imageschaden kann indes beträchtlich sein. Kunden hören es nicht gerne, dass ihre Hausbank Finanzier von Kriminellen und Diktatoren ist. Die Organisation »Aktion Finanzplatz Schweiz« beispielsweise hat in einem mehrjährigen Monitoring die Beteiligungen von Schweizer Banken bei der Veruntreuung nigerianischer Gelder nachgezeichnet und angeprangert. Ein solcher Reputationsverlust kann über Jahre bestehen bleiben und Kunden abschrecken.

Bisher ist eine Unterscheidung zwischen Banken, die kriminellen und terroristischen Machenschaften den Weg ebnen, und solchen, die dies nicht tun, kaum möglich. Wenn Banken sich nicht stärker von den schmutzigen Geschäften ihrer Konkurrenten absetzen, werden sie (weiterhin) in Sippenhaft genommen.

### Gefahren für das internationale Finanzsystem

*The institutions most likely to generate stability concerns are banks that have a large presence in offshore markets. (IWF 2003: 7).*

Nicht nur Nichtregierungsorganisationen weisen darauf hin, dass Offshore-Zentren eine Gefahr für das internationale Finanzsystem darstellen. Auch die Financial Action Task Force (FATF) und der Internationale Währungsfonds (IWF) sehen die derzeitige Situation sehr kritisch. Eine Studie des IWF kommt zu dem Ergebnis, dass bei bisherigen internationalen Finanzkrisen Offshore-Banking kaum eine Rolle gespielt hat. Der IWF sieht allerdings eine reale Gefahr für die Zukunft. Er empfiehlt daher, Offshore-Banking zumindest in Entwicklungs- und Schwellenländern abzuschaffen, da dort keine funktionierende Finanzaufsicht besteht. Viele Politiker und Wirtschaftsexperten gehen in ihren Forderungen noch weiter und verlangen eine völlige Schließung der Steueroasen weltweit.

Auch hier haben Banken bisher kaum von sich reden gemacht. Lediglich Einzelstimmen, wie der Vorstand der WestLB Thomas Fischer, haben auf die Schädlichkeit von OFZ aufmerksam gemacht und eine Abschaffung gefordert. Dabei sind Banken selbst in der Regel auch betroffen von Finanzkrisen, entweder direkt in den betroffenen Ländern, wo Finanzkrisen nur zu oft in Bankenkrisen einmünden oder »nur« in Teilgeschäftsbereichen. Finanzkrisen kosten alle Beteiligte Geld, auch Finanzinstitute.

### Steuerflucht

Unterschlagene Steuergelder fehlen in den Staatskassen der Industrieländer ebenso wie in denen der armen Länder. Wegen des geringen Steueraufkommens in Entwicklungsländern – sei es aus Armut oder wegen mangelhafter Finanzbehörden – sind diese oft besonders auf Steuern von großen Firmen und der Oberschicht angewiesen. Diese wiederum haben ein leichtes Spiel, dem Fiskus (unter anderem) über Offshore-Zentren aus dem Weg zu gehen. Schätzungen gehen davon aus, dass den Entwicklungsländern durch

Steuervermeidung Einnahmen verloren gehen, die vermutlich noch über den Zuflüssen aus der Entwicklungshilfe liegen (*Tax Justice Network 21.3.2003*). Banken, die solche Praktiken unterstützen, machen sich mitschuldig. Auch hier gilt: Banken sind zwar »nicht die Polizei«, sie tragen jedoch eine Mit-Verantwortung dafür, dass ihre Kunden keine Steuern hinterziehen. Ausfälle von Steuern treffen letztendlich die Banken selbst. Zivilgesellschaften, die zu arm sind, um funktionierende Aufsichtsbehörden, Rechtssysteme, Sicherheits- und Polizeidienste, etc. auszubauen und zu unterhalten, können kein gutes Geschäftsklima für Finanzinstitute bieten. Ohne ausreichende Aufsicht und Regulierung von staatlicher Seite können Banken nicht längerfristig kalkulierbar und gewinnbringend operieren. Daher gilt: Auch wenn Banken Geschäfte mit steuerflüchtigen Bürgern machen und dabei verdienen – letztendlich verlieren dabei auch sie, indem die staatlichen Behörden geschwächt werden.

Daneben besteht auch bei der Steuerflucht ein Imagerisiko für Finanzinstitute. Das Beispiel im Kasten zeigt die Risiken deutlich auf:

Nachdem bekannt wurde, dass der US-Ölkonzern Halliburton in Nigeria durch Bestechung fünf Millionen US-Dollar Steuern zu hinterziehen versuchte, reagierten zehn zu meist britische Investmentfonds im Mai 2003 mit einem Aufruf: Die Fonds, darunter ISIS Asset Management und Dresdner RCM, forderten multinationale Unternehmen dazu auf, alle Zahlungen an Regierungen offen zu legen. »Legitime Zahlungen wie Steuern und Gebühren für Lizenzen oder Förderrechte können auf Grund ihrer Größe und ihrer vertraulichen Handhabung Missbrauch Tür und Tor öffnen und Korruption, Armut und Konflikte in Entwicklungsländern fördern« heißt es in dem Aufruf. Dies sei nicht nur aus ethischen Gründen verwerflich, sondern stelle auch »ein signifikantes Geschäftsrisiko« dar. Die Fondsmanager richten sich mit ihrer Initiative hauptsächlich an Öl- und Bergbaukonzerne, da diese Branchen

gerade für viele der ärmsten Länder eine wesentliche Einkommensquelle darstellen. (*Aus Weed, S. 49f.*)

Die Fondsmanager schließen sich in ihrem Aufruf den Forderungen der NGO Publish-what-you-pay an, die seit Jahren mehr Transparenz beim Zahlungsverhalten von Unternehmen fordert. Die Initiative der Fondsmanager ist wegweisend und zeigt, dass Forderungen von NGOs und Banken nicht zwangsläufig kollidieren müssen, sondern gemeinsame Interessen auch gemeinsam vorgebracht werden können. Es wäre wünschenswert, wenn sich weitere Fondsmanager und Banker den Forderungen von Publish-what-you-pay anschließen würden und Druck auf die Politik ausübten, um zu zeigen, dass auch von Seiten der Banken Bedarf für mehr Transparenz und damit Glaubwürdigkeit der Unternehmen besteht.

Alle oben beschriebenen Problemfelder betreffen nicht nur in erster Linie die Armen, sondern schädigen Gesellschaften in Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen und verschärfen die Spaltung zwischen Arm und Reich. Zudem schränken sie die Möglichkeiten von Staaten drastisch ein, einen sozialen Ausgleich zu schaffen sowie ein leistungsfähiges Gesundheits-, Bildungs- und Justizsystem aufrechtzuerhalten. Sie tragen damit zu einer Destabilisierung von Gesellschaften weltweit bei. In der Regel sind es allerdings die Armen in Entwicklungsländern, die sich am wenigsten wehren können und die keine Lobbygruppe im Rücken haben, um ihre Anliegen zu formulieren. Es kann nicht im langfristigen Interesse von Banken liegen, eine solche Entwicklung zu fördern.



### ◆ Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?

Die Analyse der Risiken für Banken im Offshore-Banking weist auch gleichzeitig auf eine Reihe von Möglichkeiten hin, wo Banken tätig werden können, um ihre Verantwortung für sozialverantworfliches Verhalten zu verwirklichen und zur Verhinderung von Kriminalität beizutragen. Entsprechend zu den Problemfeldern eröffnet sich eine Reihe von Chancen für Finanzinstitute.

#### **Geldwäsche und Kriminalität unterbinden**

Viel zu lange haben sich Finanzinstitute von Terrorismusorganisationen und Kriminellen für Geldwäsche und anderen kriminellen Machenschaften missbrauchen lassen. Oft sind kriminelle Machenschaften für Banken nur schwer von »sauberen« Geschäften zu unterscheiden. Dennoch eröffnen sich für Finanzinstitute eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten. Denn besonders in diesem Feld sind privatwirtschaftliche sowie nationale und internationale Versuche zur Regulierung weit fortgeschritten:

- Bisher haben nur 12 der 50 größten Banken weltweit die Wolfsberg-Prinzipien unterschrieben. Diese Gruppe sollte nach Möglichkeit alle international agierenden Banken in die Pflicht nehmen, die Prinzipien ebenfalls zu unterzeichnen und anzuwenden.
- Die Wolfsberg-Prinzipien beruhen auf Freiwilligkeit und sind nur zum Teil extern überprüfbar. Mit dem Prinzip der Freiwilligkeit bleibt die Wolfsberggruppe auf halber Strecke stecken: Ohne Sanktionsmöglichkeiten besteht die Gefahr, dass die Prinzipien zur reinen PR-Kampagne verkommen. Damit ist der Verhinderung der Kriminalität nicht genüge getan. Es müssen transparente und nachprüfbare Kriterien erarbeitet werden, damit die Banken glaubwürdig nachweisen können, dass sie nicht mit Verbrechern kooperieren.
- Auf nationaler Ebene bestehen inzwischen in den meisten Industrieländern restriktive Re-



geln, um Transparenz zu fördern und kriminelle Machenschaften zu verhindern. Banken müssen sich nicht nur in den Ländern, in denen diese Gesetze bestehen und durchgesetzt werden, daran halten und dann in Offshore-Zentren weiterhin ihren Geschäften nachgehen, sondern sich den hohen Gesetzesstandards für ihr gesamtes Geschäft verpflichten. Ein Bekenntnis zur Bekämpfung von Geldwäsche und Kriminalität, das nur ohnehin existierende Gesetze beachtet, ist wenig glaubwürdig. Wichtig ist, gerade dort, wo nur wenig oder keine Kontrolle des Geschäftes herrscht, die Kunden zu überprüfen und Unregelmäßigkeiten und Verdachtsmomente zu melden.

- Banken sollten auch die nicht bindenden Empfehlungen der internationalen Initiativen die der Financial Action Task Force oder des Financial Stability Forum in ihre Geschäftspolitik aufnehmen.
- Banken müssen bei Verdachtsfällen die zuständigen Behörden verständigen, auch auf die Gefahr hin, dass einige Kunden sie daraufhin meiden werden. Wenn alle Banken Verdachtsmomenten nachgehen und im Bedarfsfall Anzeige erstatten, wird das kriminelle Geschäft empfindlich eingeschränkt.

### Stärkung des internationalen Finanzsystems

Banken haben wenig Stellung zu ihrer Rolle bei der Stabilisierung des internationalen Finanzsystems bezogen. Das Zitat von Thomas Fischer, Vorstandsvorsitzender der WestLB, (»Na ja, wenn wir es nicht machen, macht es die Konkurrenz. Die Kunden wollen das nutzen, so lange es geht. Wir wären aber froh, wenn wir in abgestimmten internationalen Aktionen mit diesem Quatsch Schluss machen würden« – siehe auch Kapitelanfang für das gesamte Zitat) zeigt, dass von Bankenseite durchaus Interesse besteht, Offshore-Aktivitäten einzudämmen. Bisher scheint es so zu sein, dass keiner den ersten Schritt wagen will, um nicht den Konkurrenten das Feld zu überlassen. Banken sollten aber klar Stellung beziehen und sich Forderungen zur Stabilisierung des Finanzsystems, wie sie FATF, FSF oder

das Basel Komitee zur Bankenaufsicht erheben, öffentlich anschließen und danach handeln. Ein weiterer Schritt wäre, der Politik auf nationaler und internationaler Ebene zu signalisieren, dass die Abschaffung von OFZ auch im Interesse der Finanzinstitute liegt. Wenn Banken ein Zeichen an die Politik geben, dass sie eine Schließung von OFZ begrüßen würden, wäre eine wichtige Teilstrecke des Weges zur deren Abschaffung zurückgelegt.

### Verhinderung von Steuerflucht

*»Ob die deutschen Kunden den heimischen Fiskus betrügen, ist nicht meine Sorge: Prinz Philipp von und zu Liechtenstein, Präsident der fürstlichen LGT-Bank über die Investments der Reichen, den Kampf gegen die Geldwäsche und die falsche Hoffnung der EU« (Die Zeit 31 / 2005)*

Von Seiten der NGOs gibt es verschiedenste Kampagnen und Forderungen zur Verhinderung von Steuerflucht. Die Kampagne Publish what you pay beispielsweise fordert von Banken konkrete Maßnahmen zur Offenlegung von Angaben bei ressourcengestützten Krediten:

»Publish What You Pay fordert alle Privat- und Handelsbanken dazu auf, von Rohstoffunternehmen wie Öl- und Bergbau-Unternehmen Einkommenstransparenz als Bedingung für alle ressourcengestützten Kredite an Entwicklungsländer zu fordern. Ressourcengestützte Kredite können Entwicklungsbemühungen untergraben. Relativ harmlos ist dabei noch der Fall Angola, wo ressourcengestützte Kredite die Arbeit von multilateralen Institutionen, wie dem IWF, untergraben, indem sie Regierungen mit finanziellen Mitteln beliefert haben, die nicht den strengen Bedingungen von IWF Krediten unterliegen. Im schlimmsten Fall können ressourcengesicherte Kredite ein ganzes System paralleler, von öffentlicher Prüfung ausgeschlossener Finanzierung und damit einen Schattenstaat begünstigen und Möglichkeiten schaffen, Geld für private Zwecke zu zweckentfremden. [...] Deshalb sollten Banken alle ihre ressourcengestützten Kredite offen legen und fordern, dass die Kreditnehmer auf

Transparenz als Bedingung für diesen Kredit geprüft werden. In den Fällen, in denen ein staatliches Erdölunternehmen der Begünstigte eines ressourcengestützten Kredits ist, müsste eine Überprüfung nicht nur die Empfangsbescheinigung des Geldes, sondern auch die folgende Überweisung des Geldes an die Regierung beinhalten.« (Siehe: <http://www.publishwhatyoupay.org/deutsch/objectives/banks.shtml>)

Finanzinstitute, die ressourcengestützte Kredite vergeben, sollten dieser Forderung von Publish What you Pay Folge leisten, um Steuerhinterziehung seitens der Kreditnehmerfirmen zu unterbinden.

Der weiter oben beschriebene Aufruf von 10 Fondsmanagern zu den Machenschaften von Halliburton in Nigeria zeigt, dass einige Banken bereits öffentlich ihre Stimme zur Anmahnung

von Transparenz erhoben haben. Dieser Aufruf sollte wegweisend sein: Banken sollten ihre Stimme nutzen, um generell von Unternehmen zu fordern, ihre Zahlungen transparent zu machen. Zu Recht wiesen die Fondsmanager darauf hin, dass Steuerhinterziehung nicht nur unethisch ist, sondern auch ein signifikantes Geschäftsrisiko darstellen kann.

In den Corporate Social Responsibility Prinzipien bekennen sich eine Reihe von Finanzinstituten zu ihren gesellschaftlichen Pflichten. Eine dieser Pflichten ist aber auch das Zahlen von Steuern. Banken sollten sich daher in ihren Selbstverpflichtungen dazu bekennen, Steuerhinterziehungen ihrer Kunden zu melden und damit zum Allgemeinwohl und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen.

Bankgebäude Argentinien (Foto: Francis Dobbs/Weltbank)



## 2.3 Projektfinanzierung

*There is a growing body of empirical evidence that companies, which manage environmental, social and governance risks most effectively tend to deliver better risk-adjusted financial performance than their industry peers. (Jean Frijns, Chief Investment Officer ABP. In: Who cares who wins, S. 37)*

Die Finanzierung von Großprojekten in Entwicklungs- und Schwellenländern kann einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der armen Länder beitragen. Projekte vor allem in Infrastruktur und Rohstoffabbau können in vielen Fällen nur mit Hilfe von Krediten internationaler Banken und Organisationen geschultert werden. Kredite ausländischer Banken ermöglichen damit den Bau von Straßen und Staudämmen und die Erschließung von neuen Rohstoffvorkommen, um nur einige Felder zu nennen.

Je nach Größe und Art des Projektes wird die Finanzierung vor allem durch Beteiligungskapital oder Schulden (in Form von projektbezogenen Krediten) gedeckt.

Mit diesem Geschäftsfeld der Banken sind neben einem potentiellen Entwicklungsschub – und einem Ertrag für die Investoren – für die betroffenen Länder und ihre Bevölkerung auch viele Risiken verbunden. Diese reichen über Schädigung der Umwelt, Menschenrechtsverletzungen, bis zur Ausweitung von Korruption, der Stärkung einer Diktatur, etc. Aber auch die Banken gehen dabei häufig Geschäftsrisiken ein: Mangelnde Rechtssicherheit in den betreffenden Ländern oder kaum überschaubare Risikoszenarien im politischen und wirtschaftlichen Umfeld – um nur einige zu nennen. Nicht alle Projekte machen entwicklungspolitisch Sinn oder sie sind für die lokale Bevölkerung mit hohen sozialen Kosten (Umsiedlung, Arbeitslosigkeit, Verlust der traditionellen Lebensgrundlage ohne Schaffung einer neuen) verbunden. Diese Projekte bergen,

auch in den Fällen, in denen sie sich für die Kreditgeber wirtschaftlich lohnen, politischen und sozialen Sprengstoff, der für Banken ein Reputationsrisiko darstellt. Banken sollten daher bei diesem Geschäftsfeld besondere Vorsicht walten lassen, denn die Risiken, in einen Skandal wegen Verletzung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards verwickelt zu werden und so einen Reputationsverlust zu erleiden, sind – völlig abgesehen von enormen wirtschaftlichen Risiken bei Krediten in politisch und wirtschaftlich instabilen Ländern – erheblich (Siehe hierzu auch das Beispiel WestLB). Die allgemeine Entwicklung zeigt, dass bereits einige Anstrengungen gemacht wurden, um Projektfinanzierungen auf ein stabiles wirtschaftliches und ethisch vertretbares Fundament zu setzen. Sie zeigt aber auch, dass die bisher entwickelten Standards und Strategien noch keinesfalls ausreichen, um die ausschließliche Kreditvergabe an »sichere und ethisch vertretbare« Projekte zu garantieren.

## ◆ Kurzer historischer Rückblick

»Nachhaltigkeit bedeutet, ökonomische, soziale und ökologische Ziele in Einklang zu bringen.«  
(WestLB: Inform: 1/05)

Das Geschäft mit Projektfinanzierungen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist seit den frühen 1990ern im Zuge von Globalisierung und Privatisierungen enorm gewachsen. Banken haben sich an Großprojekten als Kreditgeber, Anteilseigner oder Berater beteiligt. Ökologische und soziale Probleme der finanzierten Projekte wurden zu dieser Zeit noch kaum berücksichtigt. Mit der Zunahme der Finanzierung von Großprojekten durch private Banken häuften sich auch Kritik und Beschwerden aus den betroffenen Ländern und NGOs aus dem Norden. Kritisiert wurden massive Umweltverschmutzung bei Vertreibungen lokaler Bevölkerung, der Rohstoffgewinnung und dem Bau von Pipelines, Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung von

»International und katastrophal – das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB« (Urgewald und SÜDWIND 2004)

»Trotz grober Sicherheitsmängel finanzierte die Dresdner Bank das Goldgewinnungs-Projekt ‚Aurul‘ im rumänischen Baia Mare, das im Februar 2000 die schwerste europäische Umweltkatastrophe seit Tschernobyl verursachte.« (Kritische Aktionäre)

»Die schmutzigen Geschäfte der Westdeutschen Landesbank« (Greenpeace, Aktionsgruppe Aachen)

»Zu hundert Prozent schlecht« Schlagzeile des Generalanzeigers zum Thema OCP Pipeline und deren Finanzierung durch die WestLB, am 11. Dezember 2002

Barclays breaches commitments to human rights and the environment with its role in Trans Thai-Malaysia Gas Pipeline (CORE: A big deal? S. 23)

### Einige riskante Felder für Projektfinanzierungen

- Projekte, die den Regenwald schädigen
- Minen und Bergbau
- Öl- und Gas-Vorkommen und Infrastruktur
- Projektfinanzierung in Ländern, die Menschenrechte verletzen
- Abbau von Edelsteinen und Wertmetallen in Kriegsgebieten (Besonders berüchtigt ist das Beispiel der ‚Blutdiamanten‘)

Arbeitern etc. Banken haben eine ganze Reihe solcher Projekte mitfinanziert und Umweltverschmutzung sowie soziale Ausbeutung geduldet.

Aufgrund der für die Banken kaum kalkulierbaren Risiken und mit Häufung der Skandale war man darum bemüht, Kriterien zu entwickeln, anhand derer Risiken für Mensch und Umwelt minimiert werden könnten. Die Standards der Weltbanktochter IFC, die für die Vergabe privater Kredite zuständig ist, galten in den 1990ern als Trendsetter für die gesamte Branche.

In Anlehnung an diese so genannten »safeguard policies« des IFC haben 2003 zehn Banken für das Projektfinanzierungsgeschäft die Equator-Principles erarbeitet. Sie bestehen aus 15 Kriterien, die für Bankinvestitionen über 50 Millionen Euro gelten. Sie entsprechen im Wesentlichen den Öko- und Sozialstandards

*Die Gründungsmitglieder der Equator-Principles: ABN Amro, Barclays, Citigroup, WestLB, Royal Bank of Scotland, Credit Lyonnais, Credit Suisse, First Boston, Westpac, Rabobank and HVB.*

der Weltbank. Darunter fallen so sensible Themen wie die Umsiedlung von Menschen etwa beim Bau von Staudämmen und der Gebrauch gefährlicher Substanzen wie Zyankali bei der Goldgewinnung. Auch gehören zu den Kriterien »der Schutz der Gesundheit, des kulturellen Eigentums und von gefährdeten Spezies« sowie

die »Auswirkung auf die einheimische Bevölkerung«. Presse und NGOs interpretierten die Equator-Principles (mit Vorbehalten) als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Ende 2005 haben 41 Banken die Equator-Principles unterschrieben und als für sie verbindlich anerkannt.

### »International und Katastrophal« – die blutige Nase der WestLB

Die WestLB weitete mit Beginn des neuen Jahrtausends das Geschäftsfeld der Projektfinanzierung stark aus. Eine Studie von Urgewald und dem SÜDWIND-Institut untersuchte das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB und kam 2004 zu einem vernichtenden Urteil: »Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die WestLB in Entwicklungs- und Schwellenländern vornehmlich Projekte in Sektoren finanziert, die große ökologische und soziale Risiken mit sich bringen und deshalb besonders sorgfältige und umfassende Prüfungen erfordern. Zusammengefasst lassen sie ein schwer kalkulierbares Risikogemisch im Projektportfolio der WestLB entstehen.« Die Studie zeigt anhand von mehreren Fallbeispielen, dass die Bank sich in einer Reihe von Projekten fahrlässig über Umwelt- und Sozialstandards hinweggesetzt hat und spricht angesichts des Einbruchs der Gewinne vor allem in der Sparte der Projektfinanzierung für das Jahr 2002 und 2003 der Bank nicht nur Kompetenz zur Einschätzung von ökologischen und sozialen Risiken, sondern auch die zur Einschätzung ökonomischer Risiken im high-risk-project-financing ab.

Das wohl bekannteste von der WestLB ohne Rücksicht auf soziale und ökologischen Folgen finanzierte Projekt ist der Bau einer Ölpipeline durch ökologisch höchst sensible Gebiete im Regenwald Ecuadors 2002 und 2003. Zahlreiche Proteste in Deutschland und Ecuador konnten die WestLB nicht von ihrem Kurs abbringen. Die unnachgiebige Haltung der Zuständigen

brachte der Bank eine Menge negative Presse Kampagnen seitens der Zivilgesellschaft ein:

- Das Bündnis 'erlassjahr.de' verlieh der WestLB 2002 den »Hai des Jahres«.
- Zahlreiche Aktionen u.a. von Greenpeace machten den Skandal dieser Finanzierung in der breiten Öffentlichkeit bekannt.
- Es gab Proteste der Grünen innerhalb der Koalitionsregierung im Landtag von Nordrhein-Westfalen.
- An der Universität zu Köln entstand 2003 eine studentische Initiative, die Zahlungen der Semesterbeiträge auf das Konto der Universitätskasse bei der WestLB zu verweigern, da diese ökologisch verantwortungslose Projekte wie die Ölpipeline in Ecuador finanzierte.

Der Imageschaden für die Bank war immens und wird auch trotz erhöhter Anstrengungen des neuen Vorstandes im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR) über Jahre hinweg bestehen bleiben. Noch im Jahr 2005 kam es zu Kündigungen von Konten aufgrund dieses Skandals. Dies zeigt, dass eine nachhaltig beschädigte Reputation ein wesentlich größeres Problem darstellen kann als ein fauler Kredit. Während ein Kreditausfall durch Rücklagen ausgeglichen werden kann, dauert es Jahre, bis ein Institut, das einmal negativ in den Schlagzeilen stand, von der Öffentlichkeit wieder mit wohlwollenderen Augen betrachtet wird.

## ◆ Wo stehen die Finanzdienstleister heute?

»Grundsätzlich müssen wir uns entscheiden, ob wir untätig zusehen oder ob wir Verantwortung übernehmen wollen. Unserem Selbstverständnis entspricht es, dass wir Dinge nicht nur verändern, sondern verbessern möchten.« (Dr. Armin Eckermann, Leiter Commodity Finance, WestLB. In: Inform 1/05)

Heute werden weltweit zahlreiche Großprojekte von Banken (mit)finanziert, oft auch gemeinsam mit der Weltbank oder lokalen Regierungen. Umwelt- und Menschenrechtsfragen werden dabei vermehrt berücksichtigt. Im Finanzsektor ist zunehmend das Bewusstsein gewachsen, dass diese Themen bei der Projektfinanzierung mit einbezogen und gewisse Standards eingehalten werden müssen. Das Thema Menschenrechte und Nachhaltigkeit wird breit diskutiert und viele Finanzinstitute versuchen gerade im Bereich der Projektfinanzierung ihrer sozialen Mitverantwortung gerecht zu werden. Bisher blieben allgemein verbindliche Regelungen allerdings aus. Nicht alle Banken haben sich den Equator-Prinzipien verpflichtet. Recherchen von NGOs haben zudem ergeben, dass sich nicht alle der Equator-Banken immer an ihre eigenen Richtlinien gehalten haben. Das kostet die Equator-Banken ein Stück Glaubwürdigkeit. Auch hier gilt: Wenn einige wenige Banken sich nicht an die von ihnen unterzeichneten Richtlinien halten, gerät die gesamte Branche und ihre freiwilligen Selbstverpflichtungen auch in anderen Bereichen leicht in Misskredit.

### Zahlen und Fakten zu Geschäft mit der Projektfinanzierung

Projektfinanzierung gehört bei vielen Banken nicht zum Kerngeschäft. Derzeit teilen die 41 Unterzeichner der Equator-Prinzipien unter sich 75 % des Marktes auf. Laut Handelsblatt wurden 2005 140 Mrd. US-Dollar weltweit von Banken in Großprojekte investiert. (Handelsblatt vom 21.2.2006, Daten nach Thomson Financial). Eu-

#### ■ Die größten Projektfinanzierer durch Kredite

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. Crédit Agricole/<br>Crédit Lyonnais | Frankreich  |
| 2. Royal Bank of Scotland              | UK          |
| 3. BNP Paribas                         | Frankreich  |
| 5. Société Générale                    | Frankreich  |
| – Barclays                             | UK          |
| – WestLB                               | Deutschland |

#### ■ Die größten Projektfinanzierer durch Bonds

- |   |         |
|---|---------|
| 1. Citigroup                            | USA     |
| 2. Credit Suisse First Boston<br>(CSFB) | Schweiz |
| 3. Lehman Brothers                      | USA     |
| 5. ABN Amro                             | NL      |

#### ■ Die größten Berater für Projektfinanzierung

- |                           |
|---------------------------|
| 1. Ernst & Young          |
| 2. PriceWaterhouseCoopers |
| – KPMG                    |
| 5. ABM Amro               |

(Quelle: Vander Stichele, basierend auf Daten von Thomson Financial)

ropäische Banken haben sich auf Kreditvergabe für Projekte spezialisiert, amerikanische Banken eher auf Finanzierung durch Bonds.

### Die neuen Leistungsstandards des IFC

Im Februar 2006 hat die Weltbanktochter International Finance Corporation (IFC) neue Umwelt- und Sozialstandards verabschiedet. Ab April 2006 müssen Banken und Unternehmen, die bei dem privaten Bankarm der Weltbank Kredite bekommen möchten oder gemeinsam mit dem IFC Projekte finanzieren, die neuen Leistungsstandards einhalten. Im Vergleich zu den alten Richtlinien fallen die neuen Standards schärfer aus. Neue Anforderungen sind beispielsweise die grundlegenden Arbeitsrechte: Die Verbote von Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Diskriminierung sowie die Freiheit zur Vereinigung und zu Tariflohnvereinbarungen gemäß den bestehenden UN-Richtlinien. Künftig sind auch indirekte Auswirkungen von Projekten auf Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu beachten. Außerdem müssen Unternehmen Umweltbelastungen vorbeugen oder minimieren und die klimaschädlichen Emissionen des Projektes beziffern. Umwelt- und Sozialaspekte sind laut IFC in der Zukunft in Managementsystemen zu integrieren und während der gesamten Laufzeit der Projekte zu prüfen. Jens Kubusch, Kreditanalyst der HVB meint dazu: »Für die Banken wächst der Anspruch genauer hinzusehen« (*FR online*, 13.2.2006).

### Was bedeutet das für die Projektfinanzierung?

Eine Erneuerung der längst veralteten IFC-Standards ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Standards selbst fallen allerdings in einigen Bereichen hinter die der Equator-Prinzipien zurück. In den Monaten vor der Verabschiedung der neuen Prinzipien haben daher Equator-Banken und NGOs gleichermaßen das Vorhaben des IFC kritisiert.

### Kritik der NGOs

Der Sprecher von Urgewald, Knud Vöcking, fasst die Kritiken seiner Organisation folgendermaßen zusammen: »Nach den neuen Richtlinien genügt es der IFC, wenn Firmen, die einen Kredit beantragen, Umwelt- und Sozialverträglichkeit in Eigenregie prüfen. Damit kann sich jeder Bergbaukonzern selbst attestieren, dass Goldabbau mit Zyanideinsatz notwendig ist oder dass Naturreservate unter den Bagger geraten müssen. Wenn ein Unternehmen sich selbst bescheinigt, es sei wirtschaftlich nicht anders machbar, können Menschen von ihrem Land vertrieben werden, Einheimische ihrer kulturellen Wurzeln beraubt werden. Und das alles im Namen der Entwicklung«.

Eine amerikanische Menschenrechtsorganisation betont, dass mit diesen Standards bestehende Regeln aufgeweicht würden: »The IFC wants the public to trust them that the vague principles in their standards will be implemented rigorously. They've put in lots of discretionary language with few teeth.«

### Kritik von Banken

Auch die Banken, die die Equator-Prinzipien unterschrieben haben, sehen das neue Prinzip der Prüfung in Eigenregie kritisch. »Kreditinstitute brauchen mangels Expertise und Kapazitäten externe Experten«, sagte Kreditanalyst Kubusch der Hypo-Vereinsbank (*FR online*, 13.2.2006). Die Banken stimmen hier mit der Einschätzung der NGOs überein: Wenn ein Unternehmen sich selbst Unbedenklichkeit in Sozial- und Umweltfragen attestieren kann, ist die Gefahr eines moral hazard groß. Externe und neutrale Expertise, auf die sich Banken verlassen können, kann diesem Risiko vorbeugen. Die Equator-Prinzipien verlangen daher eine externe Prüfung.

### Die Haltung des IFC

Rachal Kyte, die Direktorin des IFC verteidigte in einer Fragestunde in der Financial-Times gegenüber SÜDWIND die Haltung des IFC folgen-

dermaßen: »It is in the interest of a lender, IFC, Equator or anyone – that the business and the management of the company understand all the risks inherent in their projects or business models. Therefore we do require, except in certain high risk scenarios, that companies conduct their assessment themselves or hire consultants to do this.«

Das Szenario eines Unternehmens, das Interesse an der Finanzierung seines Projektes hat, sich selbst Bedenken über Umwelt- oder Sozialrisiken zu bescheinigen, erscheint jedoch naiv. Stattdessen ist es viel wahrscheinlicher, dass ein Unternehmen solche Risiken verharmlosen oder sogar verschweigen wird, um eine Finanzierung von den Banken zu erhalten. Doch die Annahme, dass JKC-Mitarbeiter mangelndes Risikobewusstsein Gefahren für Mensch und Umwelt in den Selbsteinschätzungen der Unternehmen in jedem Fall rechtzeitig aufdecken werden, wird von NGOs in Frage gestellt.

## ◆ Welche Risiken bestehen für die Zukunft?

»Bad publicity has a huge cost.« Todd Warren, Manager für Bergbau und Energie bei First State Investments.« (Financial Times, 17.1.2006)

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Finanzierung von Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern für Banken in einigen Fällen mit erheblichen Reputationsrisiken verbunden ist. Die WestLB wird wohl auf Jahre ihr Image als Finanzier von gewissenlosen Umweltsündern und Menschenrechtsverletzungen nicht loswerden. Angesichts der derzeitigen Entwicklung erscheint es sehr wahrscheinlich, dass es auch in Zukunft Skandale um Projekte geben wird:

- Die Standards der Equator-Prinzipien gelten bisher nur für Vorhaben ab einem Volumen von über 50 Millionen Dollar. Kleinere Projekte müssen diese Kriterien derzeit nicht erfüllen. Bei diesen Projekten bleibt das Risiko bestehen, ohne vorhergehende Prüfung in umwelt- und sozialschädliche Vorhaben zu investieren. Nichtregierungsorganisationen haben in den letzten Monaten und Jahren eine ganze Reihe solcher Projekte aufgedeckt. Hier sind weitere Skandale zu erwarten.
- Studien von NGOs haben gezeigt, dass sich einige der Equator-Banken nicht immer an ihre eigenen Vorgaben gehalten haben. Die Presse und verschiedene NGOs haben zum Beispiel darauf hingewiesen, dass sich beim Bau der Ölpipeline Baku – Tbilisi – Ceyhan (BTC-Öl-Pipeline) 15 Banken (darunter auch Equator-Banken) bei der Finanzierung in einem Konsortium beteiligt haben. Von Anfang an gab es Bedenken über die Einhaltung von Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards. Es hat sich gezeigt, dass Umwelt- und Sozialstandards, wie vorhergesagt, nicht eingehalten wurden. Die Proteste gegen die Pipeline dauern bis heute an. Fälle wie diese bedeuten schlechte Presse für Banken. Ohne genauere Prüfung und Einhaltung der vereinbarten Standards werden sich solche Skandale jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit wiederholen.



## ◆ Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?

»Whilst human rights issues may or may not impact financial institutions' asset quality, there is little debate that they will impact its reputation. « [...] Some financial services institutions have also recognised that managing human rights issues is not just about the mitigation of risk. A successful management strategy can also lead to business opportunities, including identifying new threats to their customers' business, building customer loyalty around an improved service, minimising project interruptions and delays, and improving employee morale« (Studie KPMG und F&C 2004, S. 9).

Mit den zahlreichen Risiken im Bereich der Projektfinanzierung für Banken sind jedoch gleichzeitig auch Chancen auf eine Profilierung in diesem Sektor verknüpft. Diejenigen Finanzin-

stitute, die ihre Rolle als ethisch verantwortungsvolle Finanziers, die Umwelt wie auch Sozialstandards ernst nehmen, haben die Chance, sich als verantwortlich auch in sensiblen Bereichen in armen Ländern zu profilieren. Eine Bank, die auch an denjenigen Orten ethisch verantwortungsvolle Kriterien hochhält, wo sie nicht von einer starken Regierung dazu gezwungen wird, wird damit ihre Glaubwürdigkeit zum CSR-Engagement sehr erhöhen.

Doch nicht nur die Glaubwürdigkeit der Banken lässt sich hiermit verbessern. Es macht auch ökonomisch Sinn, systematisch und fortlaufend Projekte nicht nur nach Effizienz- und Kostenkriterien zu evaluieren, sondern auch ökologische und soziale Komponenten einzubeziehen. Je früher das Risiko über eventuelle Folgekosten durch Säuberungsmaßnahmen oder Entschädigungszahlungen eingeschätzt werden kann, desto eher können Maßnahmen ergriffen werden, das Entstehen solcher Kosten von vornherein zu verhindern. Einige Banken haben dieses

Proteste gegen die WestLB, siehe hierzu S. 27 (Foto: Clive Shirly/Greenpeace)



Konzept bereits in ihr Risikomanagement aufgenommen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn alle Banken diesem Konzept folgen würden. Konkret können Banken sich in folgenden Bereichen dafür engagieren, Risiken beim Projektfinanzieren zu minimieren:

- Die Equator-Prinzipien müssen, so wie sie jetzt bestehen, beibehalten werden, oder – wie von einigen Equator-Banken selbst befürwortet – sogar verschärft werden. Vor allem die Untergrenze von 50 Millionen für zu evaluierende Projekte sollte drastisch gesenkt werden. Keinesfalls sollten die Equator-Banken zustimmen, ihre eigenen strengen Standards an die verwässerten der IFC anzupassen. IFC-Direktorin Kyte hat angekündigt, die neuen Regeln 18 Monate nach Verabschiedung nochmals zu evaluieren. Während dieser Zeit sollten Banken ihre Stimme dazu nutzen, auf die Verschärfung der IFC-Standards zu dringen.
- Banken, die die Equator-Prinzipien unterschrieben haben, müssen sicherstellen, dass diese Kriterien auch jederzeit eingehalten werden. Bei denjenigen Projekten, bei denen sie feststellen, dass Standards verletzt werden, müssen sie auf Einhaltung pochen und wenn diese nicht gegeben wird, ihre finanzielle Unterstützung zurückziehen. Im Einzelfall kann dies mit finanziellen Einbußen einhergehen, langfristig gesehen können sie ihre Glaubwürdigkeit gegenüber Anlegern und der Gesellschaft jedoch nur erhöhen.
- Banken sollten darauf dringen, dass ausnahmslos alle Projekte, die in Entwicklungs- und Schwellenländern finanziert werden, von externen Beratern zunächst auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit geprüft werden. Nicht alle Banken haben sich zu den Equator-Prinzipien verpflichtet. Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen, die bei solchen Projekten geschehen können, fallen aber auf die Bankenbranche als ganzes zurück. Eine einheitliche Regelung könnte hier Abhilfe schaffen.
- Wichtig für eine glaubwürdige Haltung in Sachen Umwelt- und Sozialverträglichkeit ist die Möglichkeit der Überprüfbarkeit der Kriterien.

Die vom IFC verabschiedete Möglichkeit zur Selbsttestierung der Kredit suchenden Unternehmen unterhöhlt diese Glaubwürdigkeit. Banken sollten in jedem Fall eine extern überprüfbare Evaluierung fordern, die auch öffentlich eingesehen werden kann. Diese Maßnahme könnte auch Missverständnisse zwischen lokalen Gruppen und/oder NGOs verhindern und den Dialog mit diesen Gruppen fördern.

Über die Equator-Prinzipien hinaus gibt es jedoch noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten für Banken, Nachhaltigkeitskriterien in ihr Projektfinanzierungsgeschäft einzubeziehen. Einige Banken sind bereits mit gutem Beispiel voran gegangen:

- ABN Amro hat spezifische Leitlinien zum Schutz von Wäldern (ABN Amro Risk Policies on Forestry and Tree Plantations) entwickelt, die zusätzlich zu den Equator-Prinzipien auf Projekte angewandt werden.
- HSBC nahm im Mai 2005 mit den »Freshwater Guidelines« die Empfehlungen der World Commission on Dams (WCD) an, die den Schutz von Gewässern sichern sollen. Projekte, die nicht mit den Richtlinien der WCD übereinstimmen, werden nicht finanziert.
- Die Collevocchio-Erklärung über Finanzinstitute und Nachhaltigkeit, die von einer Gruppe von NGOs ausgearbeitet wurde, zeigt einen Weg zur umfassenden Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien auf. Die Erklärung fordert die Banken auf, sechs wichtige Grundsätze über die Verantwortung des Finanzsektors für die Förderung von Nachhaltigkeit zu übernehmen.

## Die Collevocchio-Erklärung über Finanzinstitute und Nachhaltigkeit

### 1. Verpflichtung zur Nachhaltigkeit

Ein Engagement für Nachhaltigkeit bedeutet für Finanzinstitute, dass sie die Respektierung ökologischer Grenzen, den sozialen Ausgleich und die Gerechtigkeit in der Wirtschaft vollständig in ihre Firmenstrategien einbauen und in allen Kerngeschäftsbereichen (Kredit, Investition, Vermittlung und Beratung etc.) umsetzen.

### 2. Verpflichtung 'keinen Schaden zu verursachen'

Finanzinstitute sollen Richtlinien, Verfahren und Normen schaffen, welche auf dem Vorsorgeprinzip beruhen, das besagt, dass jede Beeinträchtigung von Umwelt und Gesellschaft möglichst klein zu halten ist und alle Geschäfte, welche im Widerspruch mit Nachhaltigkeit stehen, zu vermeiden sind.

### 3. Verpflichtung zu Verantwortung

Finanzinstitute müssen für alle Risiken, die sie eingehen und verursachen gerade stehen. Dazu gehören finanzielle Risiken ebenso wie die sozialen Kosten und Umweltkosten, welche bisher allein der Allgemeinheit aufgebürdet wurden.

### 4. Verpflichtung zur Rechenschaft

Rechenschaft erfordert, dass die Betroffenen einen Einfluss auf die finanziellen Entscheidungen haben, welche ihre Lebensqualität und ihre Umwelt beeinflussen. Dazu braucht es Gesetze; die Banken müssen aber unabhängig davon durch eigene Maßnahmen und Mechanismen die Rechte der Betroffenen sicherstellen.

### 5. Verpflichtung zu Transparenz

Banken müssen gegenüber allen Anspruchsgruppen transparent sein, sie müssen regelmäßig gründliche standardisierte Berichte veröffentlichen, darüber hinaus sollen sie aber auch auf die speziellen Informationsbedürfnisse von Betroffenen eingehen und auch über die Strategien, Verfahren und einzelne Geschäfte Auskunft geben.

### 6. Verpflichtung Märkte nachhaltiger zu machen und Regulierung zu fördern

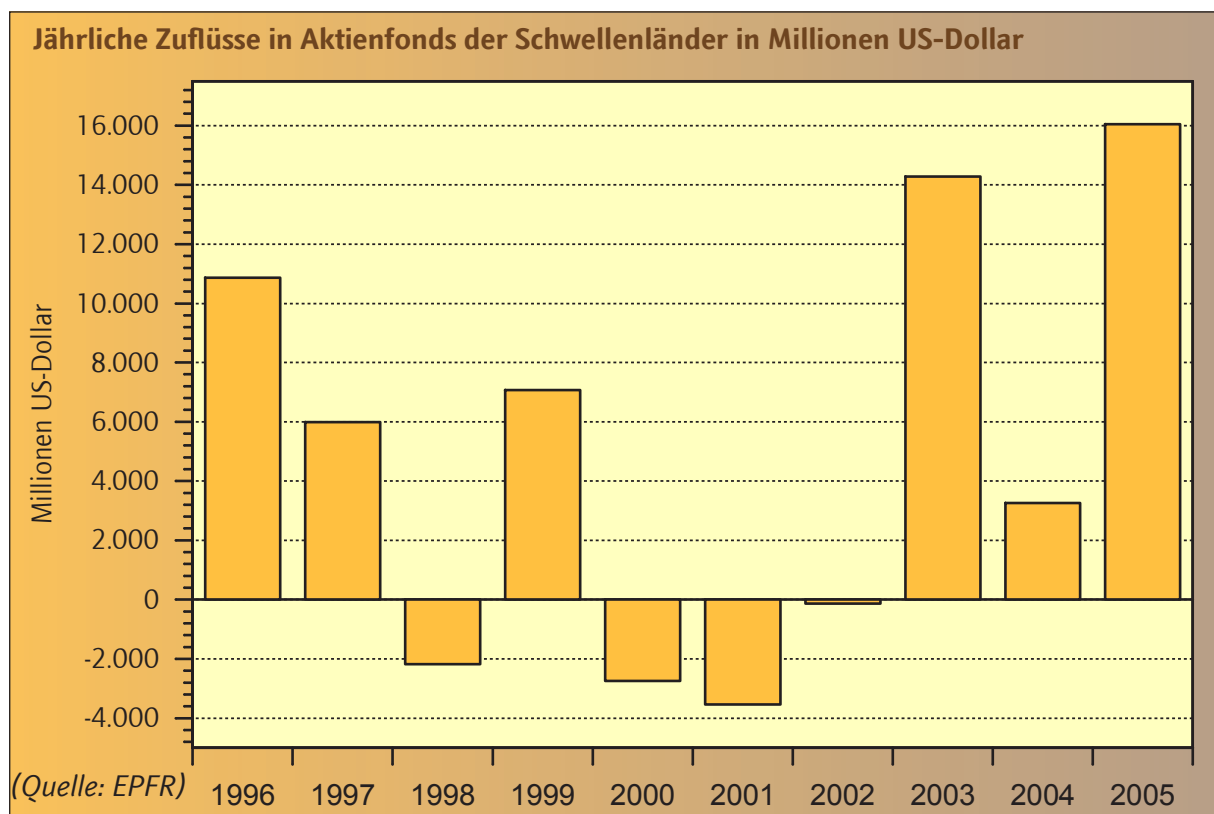
Finanzinstitute müssen sicherstellen, dass Märkte fähig werden, Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu braucht es staatliche und internationale Vorgaben, Richtlinien und Regulierungsmechanismen, damit die vollen externen Kosten nicht mehr länger der Gesellschaft und der Umwelt aufgebürdet werden. Banken sollen diese Bemühungen aktiv unterstützen.

## 2.4. Portfolioinvestitionen

»We believe systematic evaluation of corporate governance, environmental and social responsibility through »extra-financial« analysis provides a better view of investment risks and opportunities.« (Philippe Lespinard, Chief Investment Officer VNP Paribas Asset Management)

Portfolioinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern haben zwei Seiten: Zum einen hoffen Investoren auf eine überdurchschnittliche Rendite, zum anderen erhoffen sich Schwellenländer Entwicklungsimpulse durch das Kapital aus dem Norden. Für beide Seiten ist eine plötzlich einsetzende Kapitalflucht fatal. Nur wenige Investoren schaffen es rechtzeitig Gewinne zu sichern, die meisten erleiden (mehr oder we-

niger große) Verluste. Für die Bevölkerung in den Schwellenländern ist das Abziehen ausländischem Kapitals jedoch noch gravierender. Anders als die meisten Investoren verlieren viele von ihnen ihre wirtschaftliche Existenz. Investoren handeln also nicht nur auf ihr eigenes Risiko. Es müssen auch angesichts der sozialen Verantwortung die jeder Investor trägt, gerade bei Investitionen in Schwellenländern die langfristigen sozialen und ökologischen Folgen abgeschätzt werden.



## ◆ Kurzer historischer Rückblick

In den neunziger Jahren machten ausländische Direktinvestitionen den Großteil des Kapitalflusses nach Asien und Lateinamerika aus. Aber auch Portfolioinvestitionen haben die Kapitalflüsse in den Neunzigern in substantiellem Ausmaß erhöht. Zwischen 1990 und 1996 stiegen Portfolioinvestitionen von einer Milliarde US-Dollar auf 40 Milliarden US-Dollar jährlich an, wobei in Lateinamerika seit 1994 Anleihen Aktien quantitativ übertreffen. In Asien hingegen wird vor allem in Aktien investiert.

Das tatsächliche Ausmaß der Investitionen in Aktien mit Ursprung in Schwellenländern ist jedoch noch größer, da jede Aktienbewegung, die

mehr als 10 Prozent der Anteile an den Aktien eines Unternehmens umfasst, als ausländische Direktinvestition (FDI) in die Berechnungen eingerechnet wird. Dies ist bei mehr als 50 Prozent aller Kapitalflüsse der Fall.

In den 1990ern wiederholte sich eine Entwicklung die bereits in den achtziger Jahren die Schuldenkrise in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgelöst hatte: Dem Aufschwung folgte ein Rückgang der Kapitalzuflüsse. Die erste Phase abnehmender Portfolioinvestitionen fiel in die unmittelbare Folgezeit der Währungskrise Mexikos im Dezember 1994. Portfolioinvestitionen stiegen jedoch in den meisten Ländern innerhalb von sechs Monaten wieder an und erreichten dann erneut ihre Höchststände. Die Kapitalströme in die Volkswirtschaften Asiens blieben

## Die Asienkrise

Die Finanzkrise, die 1997 in Thailand einsetzte und sich auf fast alle Schwellenländer ausbreitete, zeigte die Risiken von Portfolioinvestitionen in aller Deutlichkeit. Im Juli 1997 wurden große Mengen kurzfristig angelegtem Kapitals in Thailand abgezogen. Eine regelrechte Massenpanik setzte unter den Anlegern ein und kurzfristige Anlagen wurden in einer ganzen Reihe von Schwellenländern in Asien, Lateinamerika und auch Russland verkauft. Der plötzliche Rückfluss des Kapitals aus Portfolioinvestitionen und Devisen im Süden schadete nicht nur Ländern mit ernsthaften ökonomischen Problemen wie etwa Thailand, wo der Baht stark überbewertet war. Negative Auswirkungen wurden auch in Ländern mit vergleichsweise gesunden Volkswirtschaften beobachtet (wie beispielsweise in Südkorea) und hatten vernichtende Auswirkungen auf diese Ökonomien, insbesondere auf die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Einige Merkmale dieser Krise waren: Eine steigende Arbeitslosenrate (in Indonesien stieg sie bis auf 22 Prozent), niedrigere Löhne, höhere Kredit- und Kredithaftungskosten, die insbesondere kleinen und ländlichen Unternehmen

schadeten. Zusätzlich schrumpften die Etats der Regierungen, da sie ausländische Reserven abbauen mussten, um der Währungskrise entgegen zu wirken. Aus diesem Grunde waren keine öffentlichen Gelder vorhanden, die eine effektive gegensteuernde Geldpolitik erlaubt hätten. Für die Bewältigung der Krise waren diese Länder deshalb auf die Gelder des IWF angewiesen, der sich angesichts des Ausmaßes der Krise dazu gezwungen sah, Zahlungen in Rekordhöhe an diese Länder vorzunehmen. In dieser Situation haben die Regierungen die Ausgaben für Bildung und für Gesundheit eingeschränkt, obwohl beides grundlegend für eine weitere Förderung von Entwicklung ist.

Auch lange nachdem die Krise ökonomisch überwunden war, waren ihre Auswirkungen noch für die ärmeren Teile der Bevölkerung in Form von höheren Preisen für importierte Güter und einer hohen Arbeitslosigkeit spürbar. Die Kapitalkosten blieben ebenfalls hoch, weil Investitionen in diesen Ländern weiterhin als risikoreich angesehen wurden und ihre Anleihen noch über Jahre mit einem entsprechenden Risikoaufschlag gehandelt wurden.

von diesem ersten Abschwung größtenteils unberührt. Die Krise begrenzte sich vielmehr auf eine kleine Anzahl lateinamerikanischer Länder. Der zweite, schwerwiegendere Abschwung kam 1997 während der Asienkrise. Die Kapitalströme allgemein und auch Portfolioinvestitionen verschmälerten sich zu einem kleinen, tröpfelnden Rinnsaal.

Die quantitative Veränderung der Kapitalflüsse ist mit dem Ausmaß der so genannten Schuldenkrise in den Achtzigern durchaus vergleichbar, während der sich der Kapitalfluss aus den Industrieländern nach Lateinamerika und Asien um bis zu 35 Prozent verringerte. Der Rückgang der kurzfristigen Portfolio-Zuflüsse wirkte sich besonders in Lateinamerika verheerend aus, da hier die Kapitalflüsse dieser Kategorie im Jahr 1998 sogar um etwa 60 Prozent zurückgegangen sind.

Nach den Jahren der globalen Rezession 2001/2002, während derer aus Schwellenländern Nettokapitalabflüsse in Milliardenhöhe zu verzeichnen waren, gewann der Markt für kurzfristige Anlagen in den Emerging Markets im Jahr 2003 stark an Fahrt und erhöhte sich auf annähernd 15 Mrd. US-Dollar. 2004 fielen die Zuflüsse mit etwa 3 Mrd. US-Dollar geringer aus. Das Jahr 2005 war ein Rekordjahr mit Zuflüssen von 16,1 Mrd. Dollar. Dabei setzten die Anleger vor allem auf die Schwellenländer in Europa, im Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika (*Faz* 23.12.2005).

Trotz des höchst unbeständigen Anlageverhaltens von Anlegern in Schwellenländer muss dennoch festgehalten werden, dass die Zuflüsse von Portfolioinvestitionen für die Märkte der Emerging Market Economies (trotz ihrer hohen Volatilität und der Risiken die sie für die Volkswirtschaften bergen), wichtig geworden sind. Hätte es sich um langfristiges, geduldiges Kapital gehandelt, wäre es jedoch wesentlich hilfreicher für die betroffenen Volkswirtschaften gewesen.

## ◆ Wo stehen die Finanzdienstleister heute?

Zu Beginn des Jahres 2006 stellte sich die Situation für Portfolioinvestitionen allgemein und besonders für Emerging-Markets Bonds völlig anders dar als noch vor einigen Jahren: Das Jahr 2005 war ein Rekordjahr mit Zuflüssen von 16,1 Mrd. Dollar. Auch 2006 verspricht – trotz steigender Zinsen in den USA und Japan – ein erfolgreiches Jahr für Investoren in Emerging-Markets-Fonds zu werden.

Die starke Nachfrage nach Titeln aus Schwellenländern ermöglichte es den Regierungen einiger Staaten eine für sie sehr vorteilhafte Neuenerung durchzusetzen. Sie emittierten erfolgreich Anleihen in heimischer Währung. Besonders Kolumbien und Mexiko konnten diese Papiere mit Erfolg platzieren.

Damit fällt ein Entwicklungshemmnis für die Schwellenländer, das sich als erstaunlich hartnäckig erwiesen hat. Bisher konnten sie im

### Zahlen und Fakten

- Gesamtvermögen der deutschen Investmentbranche 2005: **1,327 Mrd. Euro\***
- Erhöhung des Volumen auf Jahressicht: **ca. 20%\***
- Gesamt freie Portfolioverwaltung und Fondsgeschäft: **1.224 Mrd. Euro\***
- Volumen von in Deutschland zum Verkauf zugelassenen Emerging-Markets-Fonds: **250 Mrd. US\$\*\***
- Zuflüsse in Aktien und Anleihen von Emerging-Markets-Fonds 2005: **16.1 Mrd. US\$\*\***
- Geschätztes verwaltetes Vermögen in Hedgefonds 2005: **über 1 Trillion US\$\*\*\***

Quellen: \* *Fonds professionell online* vom 22.2.2006 / \*\* *Faz online* vom 23.12.2005 / \*\*\* *The economist* vom 4.3.2006

Ausland, selbst bei soliden Staatsfinanzen keine Schulden in eigener Währung aufnehmen. Das Risiko schien den Anlegern zu hoch. Wenn die Schulden aber zum Großteil aus Dollar bestehen, die Einnahmen aber in eigener Währung, sind die Risiken für das Schuldnerland groß: Bei Abwertungen der eigenen Währung explodieren die Schulden im Verhältnis zu den eigenen Einnahmen und der Staatsbankrott droht. Argentinien ist hierfür ein Paradebeispiel. Es kostete das Land Milliarden von Dollar mit einem stark abgewertetem argentinischem Peso Anleihen zurückzuzahlen, die in Dollar notiert waren. Aturo Porzecanski, Chef der Emerging Markets Research von ABN Amro bezeichnet die in Industrieländern aufgelegten Anleihen von Schwellenländern in lokaler Währung als eine Brücke. Investoren in London oder Frankfurt kaufen damit zwar die riskanteren Währungen der Schwellenländer, bleiben jedoch im Rahmen ihrer einheimischen Rechtssysteme (die Zeit vom 3.2.2006). Für die Schwellenländer liegt der Vorteil auf der Hand: Das Risiko einer Explosion der Schulden aufgrund von Wechselkursabwertungen ist damit für sie gebannt.

### Manager bewerten die aktuelle Lage positiv

Niedrigste Zinsraten in praktisch allen Industrieländern und eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung in den Emerging Markets weltweit haben die Nachfrage nach Anleihen aus diesen Ländern ansteigen lassen. Manager bewerten die aktuelle Lage positiv. Trotz des Superwahljahres 2006 in Lateinamerika mit acht Präsidentschaftswahlen erwarten die meisten Analysten derzeit keine größere Unruhe an den Finanzmärkten. Dieses Vertrauen stützt sich auf zwei Erfahrun-

gen der jüngeren Vergangenheit: Zum einen die Finanzkrise in Argentinien, die wider Erwarten bis auf die Ausnahme Uruguays und Paraguays nicht auf andere Märkte und insbesondere nicht auf Brasilien übergriff. Dies wird als eine Lehre aus den Problemen der Asienkrise bewertet. Die Finanzmärkte haben, so heißt es, aus den Krisen der Vergangenheit gelernt und Anleger und Politik bei drohender Gefahr ein Übergreifen der Krise verhindert.

Der zweite Aspekt ist der »Lula-Faktor«. Als Luiz Ignácio Lula da Silva 2002 in Brasilien zum Präsidenten gewählt wurde, reagierten die Märkte empfindlich. Die Furcht war groß, dass unter dem sozialistischen Präsidenten die Sparpolitik aufgegeben und das Land geradewegs in eine Wirtschaftskrise hineinschlittern würde. Die Angst der Märkte hätte durchaus zur selbst erfüllenden Prophezeiung werden können. Die Risikoaufschläge auf brasilianische Anleihen schnellten hoch auf 17 Prozent. Lulas Fortführung der Sparpolitik und der Schuldentrückzahlungen konnte die Finanzwelt jedoch davon überzeugen, dass Brasilien für sie auch in Zukunft ein investorenfreundliches Klima bieten würde. Heute liegen die Risikoaufschläge für Brasilien bei ca. 3 Prozent. Jean-Dominique Bütikofer, Rentenfondsmanager bei UBP fasst die Auffassung vieler Analysten folgendermaßen zusammen: »die linke Rhetorik ist das eine, die Politik ist das andere« (FundResearch vom 7.2.2006).

### Ethische Kriterien im Portfoliomanagement: ein weithin unbekanntes Feld

Dieser erfreuliche Wandel zugunsten mancher Schwellenländer kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Chance und Risiko von

»2005: Rekordzuflüsse in Schwellenländer« (FAZ vom 23.12.2005)

»Latino-Fonds gehören zu den Gewinnern der vergangenen Jahre.« (FTD online vom 13.3.2006)

»Extrem niedrige Renditeaufschläge bei Schwellenländern« (Faz.net vom 7.3.2006)

»J.D. Bütikofer, UBP: »Bei Emerging-Markets Bonds droht keine neue Schuldenkrise« (FundResearch vom 7.2.2006)

»Das stille Ende einer Vorherrschaft – Schwellenländer emanzipieren sich vom Dollar und bringen erfolgreich Anleihen in ihren eigenen Währungen auf den Markt« (Die Zeit vom 3.2.2006)

Portfolioinvestitionen für Entwicklungsländer eng beieinanderliegen.

»Die privaten Nord-Süd-Kapitalflüsse haben das Potenzial zu einer Linderung der Armut beizutragen, aber dieses Potenzial kann sich nur dann entfalten, wenn sie weniger volatil, weniger kostenintensiv und zudem reichlicher vorhanden sind, was eine fundamentale Reformierung der globalen Finanzarchitektur erfordert« gibt eine Studie von Oxfam America zu bedenken (*Oxfam America 2002: 3*).

Auch eine Studie im Auftrag der Zentralbank der USA kommt zu dem Schluss, dass »die meisten Indikatoren nahe legen, dass ausländische Portfolioinvestitionen keine positive Wirkung haben, einige Ergebnisse deuten auf negative Einflüsse von anderen Investitionen auf das Wachstum hin, welche dadurch etwas gemildert werden können, dass es zumindest anfänglich Entwicklungsprozesse im rechtlichen und/oder finanziellen Bereich gab« (*Durham 2003: 1*).

Banken selber haben bisher nicht genügend berücksichtigt, dass Portfolioinvestitionen nicht nur keinen positiven, sondern evtl. sogar einen negativen Einfluss auf die Ökonomien von Schwellenländern ausüben können.

Diese nur in Ansätzen vorhandene Bereitschaft Portfolioinvestitionen auch aus entwicklungspolitischer Perspektive zu betrachten, birgt zweierlei Risiken: Zum einen kann sie dazu führen, dass wesentliche Aspekte eines Landes übersehen werden und damit Risiken nicht früh genug erkannt werden und Geld von Kunden in großem Stil verloren geht. Zum anderen besteht ein Reputationsrisiko, wenn Banken erneut dafür mitverantwortlich gemacht werden können, dass Entwicklungsprozesse durch unbedachte Portfolioinvestitionen verhindert werden.

## ◆ Welche Risiken bestehen für die Zukunft?

»These issues are raised more often and in an increasingly knowledgeable and professional manner at investor meetings«. (Anthony Trahar, CEO Anglo American Plc.)

Für Schwellenländer wie für Investoren besteht nach wie vor das Risiko, dass eine plötzliche Kapitalflucht Werte in Milliardenhöhe vernichtet und Volkswirtschaften um Jahre zurückwirft.

Die Grafik (S. 36) zeigt die weiterhin hohe Volatilität auf dem Portfoliomarkt in Schwellenländern. Sie zeigt auch, welche unzuverlässige Quellen an ausländischem Kapital Portfolioinvestitionen für die Emerging Market Economies darstellen. Je nach vorherrschendem Trend im weltweiten Finanzhandel fließen einigen Ländern erhebliche Mengen an Kapital zu – oder ab. Portfolioinvestitionen stellen daher für sie immer noch ein Geschäft mit erheblichen Haken und Fallstricken dar. Der Trend, Bonds an internationalen Märkten in eigener Währung herauszugeben mag sich längerfristig als segensreich erweisen und das Portfoliogeschäft stabilisieren, es ist jedoch noch nicht abzusehen, wie Anleger in einer Konjunkturflaute oder drohenden Krisen reagieren werden.

Trotz positiver Stimmen zur Situation der Emerging Market Economies sind intern oder extern verschuldete Krisen auch in Zukunft nicht auszuschließen. Der Glaube, dass Krisen zukünftig wie im Beispiel der Argentinienkrise nicht auf Nachbarländer überspringen, ist – leider – zu positiv. Die Situation Argentiniens war eine glückliche Mischung aus unterschiedlichen wirtschafts- und geldpolitischen Strategien Argentiniens und seiner Nachbarländer und einigen anderen Faktoren, die sich in künftigen Situationen nicht unbedingt wieder so darstellen werden. Das Risiko von Krisen »a la Asien 1997/98« ist noch nicht gebannt.

Ein weiteres Risiko für Schwellenländer stellt eine kurzfristige Anlagestrategie von Anlegern ohne Rücksicht auf ethische Kriterien dar: Unter-



nehmen und Regierungen, die Menschen- und Arbeitsrechte mit Füßen treten, die Umwelt bewusst verschmutzen und dennoch von Anlegern aus dem Westen finanzielle Unterstützung erhalten, haben aus dieser Richtung keinen Anreiz, ihr Verhalten zu ändern.

Da sich die sozialen und ökologischen Probleme in Entwicklungs- und Schwellenländern gravierender darstellen als in Industrieländern und es inzwischen bekannt ist, dass Investitionen nicht nur ein Segen für diese Länder sind, sondern durchaus die Situation weiter verschlimmern können, sollten Portfolioinvestitionen generell auch unter entwicklungspolitischer Perspektive betrachtet werden, um damit das Risiko dieser Länder und der dort lebenden Bevölkerung herabzusetzen. Abgesehen davon, dass dies ein Gebot der Verantwortung ist, reduziert eine solche Vorgehensweise das Risiko eines Reputationsverlusts deutlich. Die Länderanalysen von Großbanken zeigen, dass heute durchaus auch politische und soziale Aspekte für die Bewertung von Entwicklungs- und Schwellenländern berücksichtigt werden. Sie zeigen aber auch, dass diese Bewertungen in der Regel ohne jede Auseinandersetzung mit der aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion durchgeführt werden. Informationen aus dem United Nation Development Project (UNDP) finden dort in der Regel keine Erwähnung und doch ist der regelmäßig von der UNO herausgegebene Bericht mit seinen zahlreichen Indikatoren zur sozialen und ökonomischen Entwicklung ein hervorragendes Instrument, um die Entwicklung eines Landes nachzuvollziehen und auf solider Datenbasis eine Bewertung aufzustellen. Genauso wenig spielen die »Millennium Development Goals« in diesen Berichten eine Rolle. Dabei fertigen inzwischen zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer Berichte an, in denen sie ihren Fortschritt oder Rückschritt im Hinblick auf diese acht grundlegenden Entwicklungsziele dokumentieren (siehe Kasten MDGs Kapitel 2.1.).

Würde bei Investitionen in Emerging Markets derartige Indikatoren stärker berücksichtigt, so verlöre sich wohl auch die Widersprüchlichkeit, die jetzige Länderanalysen derzeit oft beinhalten. So wird dort z.B. ein hoher Bildungsstand sowie

eine stabile Demokratie als ein positives Zeichen für Investitionen angesehen. Gleichzeitig werden hohe Staatsausgaben, starke Gewerkschaften etc. negativ bewertet. Die entwicklungspolitische Literatur zeigt hingegen klar auf, dass das eine nicht ohne das andere zu haben ist. Politische Stabilität und geringe Kriminalität gehen mit einer verhältnismäßig ausgeglichenen Einkommensverteilung einher. Diese gedeihen nicht in Staaten, in denen eine dünne Oberschicht einer breiten Unterschicht gegenübersteht. Dazu braucht man aber einen finanziell starken Staat und eine Arbeiterschaft, die ihre Rechte wahrnehmen kann. Die dringend benötigten langfristigen Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern sollten deshalb auf einer umfassenden und fairen Bewertung dieser Gesellschaften beruhen.

Wie sehr Investoren nach verlässlichen Indikatoren suchen, zeigt sich am Beispiel Kolumbien. Dieses Land wird heute wieder als relativ sicher für Portfolioinvestitionen angesehen, weil dort weniger Entführungen stattfinden. Der Kidnapping Index von Bloomberg sank von ca. 400 Personen monatlich im Jahr 2000 auf 30–40 pro Monat im Jahr 2004. Investoren ziehen daraus den Schluss, dass sich die Lage stabilisiert haben muss. Auch wenn dieser Kidnapping Index sicherlich etwas über die Kriminalitätsrate und das Funktionieren des Staates in Kolumbien aussagt, ist diese Information sehr oberflächlich und damit unzuverlässig, wenn es um die Bewertung der dauerhaften Stabilität einer Gesellschaft geht. Verlassen sich Investoren auf einen derartigen Index, gehen sie das Risiko ein, zahlreiche Faktoren, die für die weitere Entwicklung dieser Gesellschaft eine wesentliche Rolle spielen, nicht zu berücksichtigen.

## Risiken für Investoren

»*Environmental and related social issues in transactions are becoming an integral part of our risk analysis*«. (David Bushnell, Head of Risk Management Citigroup Global Corporate and Investment Bank)

Trotz verbesserter Informationslage besteht weiterhin die Gefahr, dass Investoren einem Trend aufsitzen und ohne genügend Information gesammelt zu haben, in Aktien und Anleihen aus ärmeren Ländern investieren. Abgesehen davon, dass solche Trends sich leicht umkehren können, besteht für die Investoren auch das Risiko, in Aktien und Anleihen zu investieren, die ethische Maßstäbe missachten. In der Vergangenheit haben NGOs immer wieder auf solche Missstände aufmerksam gemacht. Dieses Reputationsrisiko lässt sich nur mit einem verbesserten Informationsmanagement und vorsichtiger Auswahl der Wertpapiere vermeiden.

Den Kunden in den Stammländern sind Krisen und Verluste wie die der Argentinienkrise noch immer gut im Gedächtnis. Kundenberater und Manager stehen im Verdacht, ihren Kunden Anleihen aus Schwellenländern allein mit dem Hinweis auf die hohen Zinszahlungen Aktien zu verkaufen, ohne genügend Information an die Kunden über Kreditrisiken weiterzugeben, und dass sie damit das Geld der Anleger leichtfertig aufs Spiel setzen. Auch diesem Risiko lässt sich nur langfristig begegnen, indem die Kunden mit umfassenden Informationen zu einem Schwellenland, die auch auf die soziale und ökologische Situation der Bevölkerung eingehen, beraten werden. Zur Vermeidung unangenehmer Überraschungen lohnt es sich, einen Blick über den Tellerrand zu riskieren und z.B. die weitreichenden Analysen des United Nation Development Programms in die Bewertung einzubeziehen

## ◆ Welche Chancen und Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich?

»*Environmental and social issues count*« (Goldman Sachs Global Investment Research, Februar 2004)

Wie genau Portfolioinvestitionen gestaltet sein müssen, um dauerhafte Entwicklungsimpulse zu setzen und um damit sowohl für Entwicklungs- und Schwellenländer als auch für Investoren langfristig die gewünschten Resultate zu erbringen, ist eine offene Frage. Sie kann im Rahmen dieser Arbeit nicht erschöpfend beantwortet werden. Es sollen aber im Folgenden zwei Ansatzpunkte vorgestellt werden, die helfen können, eine Antwort darauf zu finden.

### Nachhaltigkeitskriterien für Portfolioinvestitionen.

Für nachhaltige Investitionen in Industrieländern bestehen zahlreiche Systeme, zur Überprüfung der Nachhaltigkeit von Ländern und Unternehmen. Diese Systeme können auf Schwellenländer übertragen werden, wie z.B. die Bank Sarasin dies in einer Studie zu Staatsanleihen in Schwellenländern gemacht hat. Auch die Kriterien der UNEP FI beziehen sich ausdrücklich auf alle Länder und Unternehmen weltweit.

Eine Anwendung der Kriterien auf Investitionen in Emerging Markets führt dazu, dass Länder mit gutem Bildungssystem, guter Umweltgesetzgebung, etc. bei einer Investition bevorzugt werden. Gleichzeitig werden jene Unternehmen aufgenommen, die sich etwa durch vorbildliche Arbeitsbedingungen und weitgehende Umweltschutzmaßnahmen auszeichnen.

Ein mexikanischer Dozent für Volkswirtschaft sagte einmal auf die Frage, was er davon hält, wenn diese Kriterien weltweit auf alle Unternehmen angewendet werden: »Wenn es die Unternehmen in den Emerging Markets diskriminiert, halte ich nichts davon, wenn es sie fördert, sind sie gut«.

In dieser Aussage lässt sich erkennen, dass eine eins zu eins Übertragung der Kriterien des nachhaltigen Investments auf Entwicklungs- und Schwellenländer zu kurz greift. Es muss im Entwicklungszusammenhang auch immer die volkswirtschaftliche Situation dieser Länder berücksichtigt werden. Sollte in diesen Ländern der Fairness wegen nicht die Messlatte für ihre Unternehmen weniger hoch gehängt werden als für Industrieländern und deren Unternehmen? Müssen beim Kauf von Bonds nicht auch Fragen der Schuldentragfähigkeit berücksichtigt werden? Muss nicht gefragt werden, wie das Land rechtlich dasteht, sollte es die Anleihe nicht zurückzahlen können?

Nachhaltige Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländer, die das Etikett »nachhaltig« erhalten wollen, sollten diese Frage beantwortet können.

Wesentlich für eine befriedigende Beantwortung dieser Fragen ist, dass Experten aus Entwicklungs- und Schwellenländern in die Diskussion mit einbezogen werden. Die Frage, wie Portfolioinvestitionen gestaltet sein müssen, um ihren Volkswirtschaften zu helfen, kann nur mit ihnen gemeinsam beantwortet werden.

Die englische Co-operative Bank hat einen umfangreichen Katalog für ihr Banking-Geschäft vorgestellt, dessen Einhaltung sie regelmäßig von einem unabhängigen Experten überprüfen lässt (siehe Kasten). Das Beispiel zeigt, dass solche Vorschläge nicht bloß Utopie, sondern gelebte Geschäftspraxis einer erfolgreichen Bank sein können. Diesem Beispiel sollten sich andere Finanzdienstleister anschließen.

## Die Ethikrichtlinien der Co-operative Bank of England

### Human Rights

Through our investments, we seek to support the principles of the Universal Declaration of Human Rights. In line with this, we will not invest in:

- any government or business which fails to uphold basic human rights within its sphere of influence
- any business whose links to an oppressive regime are a continuing cause for concern.

### The Arms Trade

We will not invest in any business involved in:

- the manufacture or transfer of armaments to oppressive regimes
- the manufacture of torture equipment or other equipment that is used in the violation of human rights.

### Corporate Responsibility and Global Trade

We advocate support for the Fundamental International Labour Organisation Conventions. In line with these, we will seek to support businesses which take a responsible position with regard to:

- fair trade
- labour rights in their own operations and through their supply chains in developing countries.

We will not support:

- irresponsible marketing practices in developing countries
- tobacco product manufacture
- currency speculation.

*The Co-operative Bank. Ethikreport 2004, siehe: <http://www.co-operativebank.co.uk/servlet/Satellite?cid=1125640182901&pagename=CFSSustainable%2FPage%2FtplCFSPageStandard&c=Page>*

## 2.5 Kapitalverkehrskontrollen

Besonders umstritten ist die Praxis der Devisenspekulationen von Investmentmanagern. Das prominenteste Beispiel ist das von George Soros, der 1992 gegen das britische Pfund spekulierte und die Zentralbank schließlich dazu zwang, das Pfund Sterling aus dem Europäischen Währungssystem zu nehmen und das Pfund abzuwerten. Soros verdiente – geschätzt – eine Milliarde Dollar bei dem Deal. Eine Beteiligung von Soros beim Fall der malaysischen Währung konnte nie nachgewiesen werden. Auch bei der Asienkrise spielten Währungsspekulanten eine unrühmliche Rolle. Die Kosten der Spekulationen tragen die jeweiligen Länder und damit die Bürger der Staaten, deren Regierungen Steuergelder in die Stabilisierung der Finanzsysteme stecken müssen statt in Entwicklung.

*Börse Chile (Foto: Curt Carnemark/Weltbank)*



### Das Für und Wider einer Tobin Tax

Seit der Asienkrise wurde die mögliche Einführung von internationalen Kapitaltransferkontrollen vielfach diskutiert. Die Forderung nach Kapitalverkehrskontrollen waren in der Vergangenheit nicht unumstritten. Eine Reihe von Ökonomen sprechen sich gegen eine so genannte Tobin-Tax aus, da sie nur Symptome, aber keine Ursachen von Finanzkrisen bekämpfen würde. Außerdem wären mögliche Nebenwirkungen (Ausweichen auf neue Nischen, verminderte Liquidität der Finanzmärkte) ein zu hoher Preis. Auch das Financial Stability Forum steht Kapitalverkehrskontrollen skeptisch gegenüber, hält sie jedoch im Falle von Finanzkrisen zeitlich begrenzt für ein probates Mittel. Diese zeitlich begrenzten Kapitalverkehrskontrollen in Krisen können für Anleger besonders schmerzhaft sein.

Eine Studie vom Januar 2006 im Auftrag der Organisation Weed kommt jedoch zu dem Schluss, dass die Einführung einer Devisentransaktionssteuer sinnvoll und nur von politischen Widerständen anhängig ist. Die Parlamente von Frankreich, Belgien und Kanada haben sich bereits für eine solche Kapitalverkehrssteuer ausgesprochen

Banken haben bisher wenig Stellung zu dem Thema bezogen. Dabei birgt die Volatilität der Finanzströme neben möglichen Gewinnchancen für Banken auch ein beträchtliches Risiko, Verluste zu machen. Diejenigen Anleger, die die Gefahr zu spät bemerken, verlieren mitunter viel Geld. Der Vorwurf, Kapital aus der wirtschaftlichen Schwäche von Staaten zu schlagen, Krisen zu nutzen, um Gewinn zu machen und gewissenlos gegen Währungen zu spekulieren, haftet dem Bankensektor ebenfalls an. Es sollte daher geprüft werden, ob es für Finanzinstitute nicht sinnvoll wäre, sich der Forderung der drei Parlamente und den NGOs anzuschließen und von der Politik die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen zu fordern.

### »Ready for Implementation« – Argumentationen für eine Devisentransaktionssteuer« (Capital Transfer Tax – CTT)

»Die CTT ist ein effizientes Konzept, um Wechselkursvolatilität zu beschränken und Spekulation zu bekämpfen. Sie kann nationalstaatliche Kapitalverkehrskontrollen ergänzen, hat aber den zusätzlichen Vorteil, dass sie als ein internationaler Mechanismus die Perspektive für eine internationale politische Kooperation bei der Regulierung der wirtschaftlichen Globalisierung eröffnet.« Weed schlägt eine zweistufige Devisentransaktionssteuer vor:

»Die erste Stufe dieser CTT beinhaltet einen sehr niedrigen Steuersatz (z.B. 0,1%), der die »alltägliche Spekulation« bekämpfen soll, welche ihre Profite aus den ständigen kleinen Schwankungen des Wechselkurses zieht. [...]

Die zweite Stufe der CTT ist eine flexible Steuer, die nur im Falle von potentiellen Währungskrisen angewendet wird. Sie besteuert Gewinne aus massiven Wechselkursbewegungen und spekulativen Attacken prohibitiv, d.h. mit bis zu 100%. Die zweite Stufe kann somit im Extremfall den Währungstausch gänzlich unterbinden.«

Aufgrund der technischen Neuerungen sind laut den Autoren der Studie keine technischen Probleme oder bedeutenden Kosten bei der Implementierung einer solchen Steuer zu erwarten. Ein sogenannter »electronic tag«

soll wie ein Barcode jeder Devisentransaktion angeheftet werden und sicher stellen, dass Transaktionen durch sämtliche Stufen verfolgt werden können. Damit wird neben erhöhter Transparenz auch eine Mehrfachbesteuerung verhindert. Aus juristischer Perspektive sei dieser Vorgang laut den Autoren<sup>1</sup> problemlos und mit europäischem Recht vereinbar.

Bei der Berechnung der Höhe der Einnahmen kommt die Studie nach einer Einbeziehung einer Reihe von Analysen zu geschätzten Einnahmen für 2001 zwischen 19 und 31 Mrd. US-Dollar. Diese Steuereinnahmen »sollten dazu verwendet werden, globale öffentliche Güter und die Entwicklung der armen Länder zu finanzieren, statt dazu, die Staatshaushalte zu konsolidieren.« Einige mögliche Verwendungen werden diskutiert, unter anderem ein neuer Fond für Währungsreserven um das öffentliche Gut von mehr Wechselkursstabilität zu erreichen; ökologische und soziale Programme etwa im Rahmen der UN Millennium Entwicklungsziele finanziert oder der Kampf gegen TBC und Malaria (Kosten: Ca. 2 Mrd. US-Dollar); der gegen AIDS (Kosten: 7–10 Mrd. US-Dollar) finanziert werden.

Quelle: Weed 2006

<sup>1</sup> Prof. Lieven Denys ist Professor für Europäisches und Internationales Steuerrecht an der Juristischen Fakultät der Freien Universität Brüssel. Mitautor Dr. Bruno Jetin ist Ökonom an der Universität Paris Nord.

## 3. Mikrofinanzen und nachhaltige Geldanlagen

### 3.1. Mikrofinanzen

»One of the most distressing consequences of globalisation is the increase in the wealth of a few while hundreds of millions of people still live in poverty. However, microfinance is a powerful tool to begin to change that.« (Marilou van Golstein Brouwers, Senior Fund Manager, Triodos Bank Zeist)

Mikrokredite waren ursprünglich ein Instrument der Entwicklungspolitik. Schon 1976 gab es in Bangladesh ein derartiges Programm, initiiert von Muhammad Yunus, aus dem 1983 die Grameen Bank hervorging. 1995 gründete die Weltbank die »Beratungsgruppe für die Unterstützung der Armen/Ärmsten« (CGAP) mit dem Ziel, 200 Millionen US-Dollar für die Vergabe von Mikrokrediten zu mobilisieren. Die Vereinten Nationen sehen in der Mikrofinanzierung ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Millenniumsziele zur Verminderung von Armut. Sie haben 2005 zum Jahr der Mikrokredite ausgerufen. Ziel war es 100 Millionen Menschen mit Mikrokrediten zu erreichen. Eine Gruppe der UN hat gemeinsam mit Sponsoren aus der Finanzwelt die Organisation übernommen. Hauptsponsoren waren: ING, Citygroup, United Nations Capital Development Fund, Visa und die UN Foundation. Die Gruppe ist weiterhin aktiv.

Noch in den neunziger Jahren wurden Mikrofinanzprojekte in der Mehrheit von Entwicklungsorganisationen durchgeführt. Seit einigen Jahren hat sich jedoch der »commercial approach« immer mehr durchgesetzt. Dieser Ansatz geht da-

von aus, dass Mikrofinanzierung sich selbst tragen muss und nicht auf die Dauer von Geldern aus dem Norden gespeist werden kann. Erst dann kann sie eine große Zahl von Menschen erreichen und nachhaltig und langfristig wirken. Inzwischen sind eine Reihe von Banken speziell

Tearbeiterinnen in Zimbabwe  
(Foto: Frank Zander)



für den Mikrokreditmarkt gegründet worden (wie z.B. die ProCredit Holding). Andere wie die Deutsche Bank und die Commerzbank bieten Mikrofinanzprodukte in armen Ländern an.

Die in Frankfurt ansässige Bankakademie International bietet verschiedene Fortbildungen zum Thema Mikrofinanzen sowie jährliche Summerschool-Kurse zur Weiterbildung im Mikrofinanzbereich an.

### **Oikocredit: Hilfe zur Selbsthilfe**

Oikocredit ist eine Genossenschaft, die sich mit Privatkapital finanziert und AnlegerInnen motiviert, ihre Rücklagen sozial verantwortlich anzulegen. Die Darlehen von Oikocredit werden über ein Netz von Regionalstellen zum Einsatz gebracht, die in Lateinamerika, Asien, Afrika, und Mittel- und Osteuropa arbeiten und die im Unterschied zu anderen Anbietern prinzipiell mit einheimischen Fachkräften besetzt sind. Heute gehen mehr als 50 Prozent des ausstehenden Kapitals an zwischengeschaltete Banken und Fonds, die so genannten Mikrofinanzinstitutionen (MFI). Außerdem finanziert Oikocredit Genossenschaften oder kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in Landwirtschaft, Handels-, Industrie- und im Dienstleistungssektor. Zum 31. Dezember 2004 unterstützte Oikocredit

über 398 GeschäftspartnerInnen mit einem ausstehenden Kapital von 114 Millionen Euro. Insgesamt beläuft sich das Darlehenskapital auf 203,5 Millionen Euro (Stand: 31.12.2004), investiert von 24.000 Mitgliedern und 37 Förderkreisen. Oikocredit zahlt eine bescheidene Dividende, in der Regel 2%. Dies geht auf den Grundsatz zurück, dass Kosten nicht vollständig auf die GeschäftspartnerInnen abgewälzt werden sollten. Dadurch, dass Oikocredit die Dividende auf diesen niedrigen Satz beschränkt, ist es in der Lage, Darlehen zu bezahlbaren Zinssätzen zu vergeben und auch überdurchschnittlich riskante Projekte zu finanzieren. Das bedeutet, dass Oikocredit im Unterschied zu anderen Mikrokreditanbietern das gesamte Spektrum Einkommen schaffender Projekte benachteiligter Menschen unterstützt, auch solche, die von anderen Finanziers abgelehnt werden. Der Erfolg von Oikocredit zeigt, dass Anleger durchaus bereit sein können, auf Rendite zu verzichten, um ethisch vertretbare Anlagen zu unterstützen.

### **Gefahren und Chancen der Kommerzialisierung von Mikrokrediten**

Institute, die sich heute im Mikrokreditbereich engagieren wie die Deutsche Bank, die City Bank oder auch neu gegründete Banken wie die Pro-

### **Kriterien anhand deren Oikocredit Darlehen vergibt:**

- Oikocredit vergibt Darlehen, Bürgschaften und andere Formen der Finanzierung an Projekte, die Arbeitsplätze und Einkommen für Gruppen benachteiligter Menschen, vor allem in Entwicklungsländern, schaffen.
- Oikocredit finanziert vor allem Genossenschaften und Finanzinstitutionen, in geringerem Umfang auch kleine und mittelständische Unternehmen.
- Oikocredit bevorzugt Projekte, in denen Frauen maßgeblich an Leitung und/oder Umsetzung beteiligt sind.
- Auswirkungen auf die Umwelt und Tierschutz werden besonders berücksichtigt.
- Es kommen nur Projekte in Frage, die wirtschaftlich tragfähig sind oder in naher Zukunft werden können und über ein angemessenes Management verfügen.
- Es muss eine Notwendigkeit für ausländische Finanzhilfe bestehen, die im Rahmen der jeweiligen Gesetzgebung möglich ist und mit der die PartnerInnen angemessen arbeiten können.

Credit Bank beschreiten einen schmalen Pfad zwischen Geschäftsinteressen und entwicklungs-politischer Hilfestellung. Der Vorteil an diesem Engagement ist, dass eine kommerzielle Ausrichtung dieser Institute ihnen Zugang zu den Investoren in den Industrieländern gibt. ProCredit bietet seinen Anlegern schon heute eine Rendite, die deutlich über der von Oikocredit liegt. Damit wird diese Form der Geldanlagen für breitere Schichten und auch für institutionelle Investoren attraktiver und es steht mehr Kapital für Mikrokredite zur Verfügung. Das ist in jedem Fall zu begrüßen. Gleichzeitig verlieren Mikrokredite mit der Ausrichtung an den Gewinnerwartungen westlicher Investoren aber auch einen Teil ihrer sozialen Stärke. Die Vergabe von Mikrokrediten bevorzugt an Genossenschaften mag überholt scheinen, trägt aber dazu bei, dass starke wirtschaftliche Gemeinschaften entstehen, in denen sich die Mitglieder gegenseitig unterstützen. Mit dem besonderen Augenmerk, das viele Organisationen auf die Kreditvergabe an Frauen legt, werden die schwächsten und zugleich wichtigsten Akteure der Entwicklung unterstützt. Es liegt

zudem auf der Hand, dass kommerziell arbeitende Mikrokreditorganisationen mehr am Verkauf von Krediten interessiert sind und gleichzeitig deutlich rigoroser bei Kreditausfällen vorgehen werden als nicht-kommerzielle. Die in den Industrieländern grassierende Überschuldung von Privathaushalten, für die Banken eine Mitverantwortung tragen, sollte als eine Warnung dienen. Dem Ansehen von Mikrokrediten und ihren Instituten könnte nichts mehr schaden als der Ruf, an der zunehmenden Überschuldung von Kleinunternehmern und ihren Familien in Entwicklungsländern beteiligt und dafür verantwortlich zu sein.

*Indische Frauen (Foto: Shehzad Noorani/Weltbank)*





## Die Grundprinzipien für Mikrofinanzierung der Consultative Group to Assist the Poor (CGAP)

CGAP ist eine Vereinigung von 31 öffentlichen und privaten Entwicklungsorganisationen die sich gemeinsam dafür einsetzen, den Zutritt für finanzielle Dienstleistungen für Arme (auch Mikrofinanzierung genannt) zu erweitern. Die folgenden Prinzipien wurden von CAGP und seinen 31 Mitgliedern gemeinsam erarbeitet und verabschiedet und später von der Gruppe der G8 auf dem G8-Gipfel am 10. Juni 2003 angenommen:

1. Arme Menschen benötigen unterschiedliche Arten finanzieller Dienstleistungen, nicht nur Darlehen. Neben Krediten brauchen sie auch Vermögensbildungs- Versicherungs- und Geldtransferservices.
2. Mikrofinanzierung ist ein mächtiges Instrument zur Armutsbekämpfung. Arme Haushalte verwenden finanzielle Dienstleistungen, um ihr Einkommen zu erhöhen, Vermögen zu bilden und sich selbst gegen externe Schocks zu schützen.
3. Das Mikrofinanzwesen dient dazu Finanzsysteme aufzubauen, die den Armen nützen. Mikrofinanzierung wird sein volles Potential nur erreichen können, wenn es in das allgemeine Finanzsystem eines Landes eingliedert ist.
4. Mikrofinanzierung kann sich selbst tragen, und muss auch dazu in der Lage sein, um eine große Zahl armer Menschen zu erreichen. Wenn Mikrofinanzanbieter ihre Kosten nicht durch ihr Geschäft decken können, werden sie immer abhängig sein von den knappen und unsicheren Zuschüssen von Spendern und Regierungen.
5. Mikrofinanzierung dient dazu, dauerhaft lokal angesiedelte Finanzinstitutionen aufzubauen, die lokale Guthaben anziehen können, um diese dann in Kredite umzuwandeln und/oder andere finanzielle Dienstleistungen anzubieten.
6. Mikrodarlehen sind nicht immer die richtige Antwort. Andere Arten von Hilfe können

wirksamer sein in Fällen, wenn Menschen so arm sind, dass sie über gar kein Einkommen oder keine Möglichkeiten zur Schulden tilgung verfügen.

7. Zinsobergrenzen schaden armen Menschen, indem sie ihnen den Zugang zu Krediten erschweren. Es ist teurer, mehrere kleine Kredite aufzunehmen statt weniger großer. Zinsobergrenzen hindern Mikrofinanzinstitutionen daran, ihre Kosten zu decken und vermindern damit die Kreditflüsse für arme Menschen.
8. Die Rolle der Regierung besteht darin, finanzielle Dienstleistungen zu ermöglichen, nicht darin, diese direkt anzubieten. Regierungen sind fast nie dazu in der Lage, als gute Kreditgeber zu fungieren, aber sie können Hilfestellung leisten, indem sie geeignete Voraussetzungen schaffen.
9. Spendenfonds sollten privates Kapital ergänzen, nicht mit ihm im Wettbewerb stehen. Spendenzuschüsse sollten nur eine zeitlich begrenzte Starthilfe sein, die dazu dienen soll, eine Institution in die Lage zu versetzen, auf eigene Finanzressourcen (z.B. Sparguthaben) zurückzugreifen.
10. Den entscheidende Engpass stellt der Mangel an starken Institutionen und Managern dar. Spender sollten ihren Fokus darauf legen, diese Kapazitäten aufzubauen.
11. Mikrofinanzierung funktioniert am besten, wenn es seine Performance misst und offen legt. Berichterstattung hilft nicht nur den Stakeholdern Kosten und Nutzen abzuwägen, sondern verbessert auch die Performance. Mikrofinanzinstitute müssen genaue und vergleichbare Berichterstattung über finanzielle Performance (z.B. Kreditrückzahlungen und Kostendeckung) wie auch soziale Performance (z.B. die Zahl und das Armutsniveau der Kunden) vorlegen.

(Quelle: [www.cgap.org](http://www.cgap.org). Eigene Übersetzung)

## 3.2. Nachhaltige Geldanlagen

In der Bundesrepublik werden inzwischen über hundert Nachhaltigkeitsfonds angeboten. Sie verwenden die unterschiedlichsten Kriterien und Bewertungssysteme. In aller Regeln berücksichtigen sie auch Kriterien, die Probleme in Entwicklungs- und Schwellenländern betreffen. So erwähnen zwölf von ihnen die Achtung der Menschenrechte und acht geben Kinderarbeit als Ausschlusskriterium an (Siehe dazu [www.nachhaltiges-investment.de](http://www.nachhaltiges-investment.de)).

Die Ratingsysteme selbst gehen oft noch weiter als die in den Verkaufsprospekten aufgeführten Richtlinien. Gewissenhafte Agenturen überwachen auch die Arbeitsbedingungen der Lieferanten von multinationalen Unternehmen und interessieren sich dafür, wie z.B. Öl- und Bergbaugesellschaften mit Gemeinden umgehen, in denen sie tätig sind.

Auf dem von SÜDWIND 2004 durchgeführten Workshop »Investitionen in die menschliche Entwicklung« mit Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen aus Entwicklungsländern und Nachhaltigkeitsrating-Agenturen zeigte sich, dass die Bewertungssysteme grundsätzlich Entwicklungskriterien in umfassendem Maße berücksichtigen. Es ergaben sich lediglich einige Ergänzungen, zum Beispiel wurde die Situation der Frauen in Entwicklungsländern nicht ausreichend berücksichtigt. Auch erscheint der Stellenwert des Bereichs Entwicklung für die Gesamtbewertung mit 20–30 Prozent als zu gering angesetzt. Zudem bleibt es ein Problem, dass die Nachhaltigkeitsrating-Agenturen sich nur selten auf Informationsquellen zur Nachprüfung ihrer Beurteilungen vor Ort berufen können.

Insgesamt betrachtet haben nachhaltige Geldanlagen durchaus das Potential international agierende Unternehmen dazu zu drängen, mehr Rücksicht auf die Bevölkerung in Entwicklungs-

ländern zu nehmen. Auch Investitionen in Unternehmen mit Sitz in Industrieländern können somit einen Beitrag zur Entwicklungsförderung leisten. Ein größeres Problem stellt jedoch die Frage dar, wie Investitionen in Entwicklungsländern so gestaltet werden können, dass sie einen positiven Beitrag zur Entwicklung leisten können? Folgende Möglichkeiten bestehen heute:

### Mikrofinanzen

Mikrokredit Institute wie OikoCredit sind hier eine Option, bei der der Anleger sicher sein kann, dass seine Ersparnisse den Entwicklungsprozess tatsächlich unterstützen. Das Angebot mit einer Verzinsung von 2 Prozent ist jedoch nur für eine begrenzte Gruppe von Privatanlegern attraktiv. Weitere Mikrofinanzprodukte werden in Zukunft eine Lücke schließen, indem sie für entwicklungspolitisch engagierte Menschen und Institutionen Geldanlagen mit einer attraktiveren Rendite anbieten. Dauerhaft wird sich jedoch die Frage stellen, ob sie den oft hohen Ansprüchen dieser Zielgruppe im Hinblick auf die sozialen und entwicklungspolitischen Kriterien genügen können. Wie im Kapitel »Mikrofinanzen« angedeutet, könnten höhere Renditen in diesem Bereich dazu führen, dass die positiven sozialen Auswirkungen geringer werden oder sogar sozial nicht mehr zu vertretende Situationen, z.B. die Überschuldung von Kleinunternehmen entstehen.

### Investitionen in nicht-börsennotierte Unternehmen

Eine weitere Möglichkeit Geld entwicklungspolitisch sinnvoll anzulegen liegt darin, in nicht-börsennotierte Unternehmen in Entwicklungs-

ländern zu investieren. Vergleichbar mit den Investitionen in Wind- und Solarenergieunternehmen in der Bundesrepublik vor deren Börsengang, könnten solche Investitionen einen sehr wertvollen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung leisten, da sie die Kapitaldecke der mittelständischen Unternehmen dort stützen. Dies kann wiederum zu Wachstum, Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitskräften beitragen.

Neun dänische Pensionsfonds beschreiten genau diesen Weg. Sie haben sich verpflichtet, über den »Private Equity Developing Countries Fund« 470 Mio. dänische Kronen in nicht-börsennotierte Unternehmen in Entwicklungsländern zu investieren. Zunächst werden in Tansania und Vietnam geeignete Unternehmen gesucht. Für die Auswahl der Unternehmen werden auch soziale und ökologische Kriterien herangezogen. Herausragenden Unternehmen soll dann eine Kapitalspritze gegeben werden, die ihnen hilft, sich zu erweitern. Selbstverständlich erwartet der Fonds langfristig eine marktübliche Rendite für seine Investitionen.

### Portfolioinvestitionen

Sozialverantwortlich ausgerichtete Portfolioinvestitionen in Schwellenländer haben immer das Risiko (siehe hierzu Kapitel 2.4), dass angesichts einer drohenden Kapitalflucht auch ethisch motivierte Anleger das betroffene Land durch Abzug ihres Kapitals schädigen werden. Auf der anderen Seite stellt sich für auf Sicherheit und Rendite bedachte Sparer die Frage, wie sie Investitionen in Entwicklungsländer tätigen und mit ihrem Geld gleichzeitig den Entwicklungsprozess fördern können. Eine Möglichkeit besteht darin, Länder und Unternehmen mit der Methode der für Industrieländer bekannten Nachhaltigkeitsratings zu bewerten und einen Fonds zusammenzustellen, in den nur Papiere von Ländern und Unternehmen aus Schwellenländern aufgenommen werden, die gut abgeschnitten haben.

Bei diesem Vorgehen bleibt jedoch das strukturelle Problem unberücksichtigt, mit dem Schwellenländer auf den Kapitalmärkten zu

kämpfen haben. Notwendig wäre es deshalb, den für Industrieländer passenden Systemen Indikatoren hinzuzufügen, welche z.B. die Probleme wie die Volatilität der Kapitalflüsse oder die Verwundbarkeit kleiner, spezialisierter Volkswirtschaften gegenüber Währungsspekulationen angehen. Denkbar wären hier Kriterien wie: Nur Anleihen von Schwellenländern in heimischer Währung in einen »ethischen« Emerging-Markets-Fonds zu kaufen, oder nur Anleihen von Schwellenländern, die Collective Action Clauses enthalten. Damit würden nachhaltig orientierte Anleger jene Ansätze unterstützen, die zu einer faireren Behandlung von Schwellenländern auf den Finanzmärkten beitragen. Die Frage, ob und wie Portfolioinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern entwicklungsfördernd gestaltet werden können, bedürfte einer umfangreichen fachlichen Analyse und Diskussion mit Beteiligung aller betroffenen Gruppen.

## 4. Anhang

### 4.1 Adressen

#### ■ Internationale Organisationen und Arbeitsgruppen

Financial Stability Forum (FSF):  
[www.fsforum.org](http://www.fsforum.org)

Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF): [www.fatf-gafi.org](http://www.fatf-gafi.org)

Basel Committee on Banking Supervision:  
<http://www.bis.org/bcbs/index.htm>

International Finance Corporation (IFC):  
<http://www.ifc.org>

United Nations Environment Programme (UNEP-FI): [www.unepfi.org](http://www.unepfi.org)

United Nations Global Compact:  
<http://www.unglobalcompact.org/>

Global Reporting Initiative (GRI):  
<http://www.globalreporting.org/>

Internationales Jahr des Mikrofinanzkredites:  
<http://www.yearofmicrocredit.org/>

Consultative Group to Assist the Poor (CGAP):  
[www.cgap.org](http://www.cgap.org)

#### ■ Initiativen der Finanzinstitute

Wolfsberggruppe:  
<http://www.wolfsberg-principles.com>

Equator-Prinzipien:  
[www.equator-principles.com](http://www.equator-principles.com)

Investor Network on Climate Risk:  
<http://www.incr.com/>

Pharmaceutical Shareholders Group:  
<http://www.pharmashareownersgroup.org/>

World Business Council for Sustainable Development (WBCSD): [www.wbcsd.org](http://www.wbcsd.org)

United Nations Environment Programme (UNEP-FI): [www.unepfi.org](http://www.unepfi.org)

#### ■ Mikrofinanzinstitute

Oikocredit: <http://www.oikocredit.org/site/de/>

ProCredit Holding: [www.procredit-holding.com](http://www.procredit-holding.com)

#### ■ Nichtregierungsorganisationen

Institut SÜDWIND: [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

Urgewald: <http://www.urgewald.de/>

Blue 21: [www.blue21.de](http://www.blue21.de)

erlassjahr.de: [www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

Banktrack: [www.banktrack.org](http://www.banktrack.org)

Global Rights, Rules and Responsibilities:  
[www.grrr-now.org](http://www.grrr-now.org)

CEE Bankwatch Network:  
<http://www.bankwatch.org/>

Attac AG Finanzmärkte und share.ev.:  
[www.finanzmaerkte.org](http://www.finanzmaerkte.org)

Weed: [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

Aktion Finanzplatz Schweiz:  
<http://www.aktionfinanzplatz.ch>

Greenpeace: [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)

World Wide Fund international (WWF):  
[http://www.panda.org/about\\_wwf/what\\_we\\_do/policy/trade\\_and\\_investment/index.cfm](http://www.panda.org/about_wwf/what_we_do/policy/trade_and_investment/index.cfm)

Publish what you pay:  
[www.publishwhatyoupay.org](http://www.publishwhatyoupay.org)

SOMO – Centre for research on Multinational corporations:  
[http://www.somo.nl/index\\_eng.php](http://www.somo.nl/index_eng.php)

German Watch: <http://www.germanwatch.org/>

Tax justice network:  
[http://www.taxjustice.net/cms/front\\_content.php?idcat=2](http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=2)

Transparency International:  
[www.transparency.org](http://www.transparency.org)

## 4.2 SÜDWIND

### SÜDWIND – Forschung für gerechte Wirtschaftsbeziehungen....

Die Arbeit von SÜDWIND gründet auf der Überzeugung, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Reichtum in den Industrieländern und der Armut breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern gibt. In zahlreichen Forschungsbereichen weisen die SÜDWIND-Studien nach, dass wir in Deutschland – die Politik, Wirtschaft und auch die VerbraucherInnen – eine Mitverantwortung für Missstände in Entwicklungsländern haben. Über die Analyse der Probleme hinaus sucht SÜDWIND nach Handlungsmöglichkeiten: Wie kann die Situation im Interesse der Armen hin zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit geändert werden?

### ... und Erarbeiten von Aktionsvorschlägen

Unsere Lösungsvorschläge sind vielfältig. Dazu gehören:

- Öffentlichkeitsarbeit, um Unternehmen oder politische Entscheidungsträger unter Druck zu setzen.
- direkte Verhandlungen mit den Verantwortlichen,
- Kooperation mit sowie Zuarbeit zu Kampagnen wie »erlassjahr.de«, »attac«, »Gerechtigkeit jetzt!« oder der »Kampagne für Saubere Kleidung«.

SÜDWIND arbeitet dabei eng mit anderen Instituten, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Initiativen, Verbänden und Gemeinden zusammen, in Deutschland und weltweit.

SÜDWIND forscht derzeit zu den Themen

- Frauen und Wirtschaft
- Sozialverantwortliche Geldanlagen
- Internationale Verschuldung

### Geschichte und Struktur des Vereins

Der Verein SÜDWIND e. V. wurde am 28.01.1991 in Köln von Christinnen und Christen aus fünf Konfessionen (ev.-meth., röm-kath., altkath., mennonitisch und ev.) gegründet und ist als gemeinnützig anerkannt.

Gründung und Namenswahl wurden inspiriert durch eine Rede des US-amerikanischen Theologen Jim Wallis bei der Ökumenischen Weltversammlung in Seoul 1990:

*»Morgen wird es der Südwind der Gerechtigkeit und der Befreiung sein, der die Unterdrückten aus ihren Ketten löst.«*

Der SÜDWIND e. V. ist Träger des »Instituts für Ökonomie und Ökumene« mit Sitz in Siegburg bei Bonn.

Organisatorisch umfasst der Verein vier Ebenen:

- einen eingetragenen Verein (e.V.) und seinen Vorstand als Rechts- und Anstellungsträger, in dem juristische und Einzelpersonen Mitglieder werden können, die den Kreis derer repräsentieren sollen, für die und mit denen das Institut tätig wird;
- einen Förderkreis, der durch Beiträge und Spenden der Arbeit des Instituts eine zusätzliche Basis gibt; die Förderkreismitglieder werden regelmäßig über die Arbeit des Instituts informiert;
- das Institut, das mittlerweile sechs WissenschaftlerInnen, eine Angestellte im Bereich Verwaltung sowie eine Putzfrau beschäftigt. Nebenamtlich arbeitet eine Reihe von TheologInnen mit;
- Arbeitsgruppen, in denen wissenschaftliche MitarbeiterInnen und der Vorstand gemeinsam zu bestimmten Themen arbeiten.

#### SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg  
Tel.: 0 22 41-5 36 17, Fax: 0 22 41-5 13 08  
Email: info@suedwind-institut.de  
Homepage: www.suedwind-institut.de

## 4.3 Glossar

### ■ CAC – Collective Action Clauses

Die »Gemeinsamen Aktions-Klauseln« in Kreditverträgen erlauben es einer Gläubigermehrheit, für alle Gläubiger bindende Vereinbarungen mit dem Schuldner zu treffen.

### ■ CSR – Corporate Social Responsibility

Als Corporate Social Responsibility (CSR) wird unternehmerisches Handeln bezeichnet, welches über die eigentliche Geschäftstätigkeit eines Unternehmens hinaus geht. Allerdings ist nach wie vor weitgehend unklar, was sich genau hinter dem Begriff CSR verbirgt; er wird sowohl als Überbegriff zu Corporate Citizenship (CC) verstanden, wie auch umgekehrt. Meist werden unter beiden Begriffen Instrumente wie Social-/Umweltsponsoring, Spendenwesen, Mäzenatentum oder Corporate Volunteering verstanden.

### ■ FTAP – Faires und Transparentes Schiedsverfahren

Das FTAP wurde 2000 von erlassjahr.de entwickelt und wird seitdem von einer Reihe von NGOs und Politikern weltweit (darunter der Baden-Württembergische Landtag) unterstützt.

### ■ Hedge-Fonds

Hedge-Fonds sind Unternehmen mit dem Geschäftszweck der Spekulation. Der Begriff Hedge-Fonds geht auf die Technik des Hedging (engl.: to hedge = einhegen, umzäunen) zurück, mit der man ein zweites Anlage-Investment gegen unwägbarere Risiken absichert (z.B. Wechselkurs- oder Zinsänderungsrisiken). Hedge-Fonds unterscheiden sich von traditionellen Investment-Produkten wie Aktien- oder Anleihen-Fonds primär dadurch, dass sie alle Arten von Finanzinstrumenten verwenden können – darunter auch

Derivate wie Optionen oder Futures. Ebenfalls können Hedge-Fonds Kredite aufnehmen, um die Rendite zu steigern.

### ■ IWF – Internationaler Währungsfonds

Der IWF wurde 1944 mit dem Ziel gegründet, die internationale Währungsstabilität zu sichern. Er hat zur Zeit 184 Mitgliedsstaaten, deren Stimmgewicht sich nach ihrem Kapitalanteil richtet.

### ■ Londoner Club

Rund 1000 Gläubigerbanken haben sich im »Londoner Club« informell zusammengeschlossen und regeln bei Zahlungsschwierigkeiten die Umschuldung von privaten Forderungen. Auch hier gibt es keine festen Regeln und keine Ansprüche der Schuldner auf Erlasse. Ein Lenkungsausschuss der Banken führt die Verhandlungen. In der Regel müssen Zinsen vollständig beglichen werden. Nur die eigentliche Kreditsumme kann umgeschuldet werden. Für eine Verlängerung der Rückzahlungszeiträume nehmen die Banken in der Regel einen Zinssatz, der über dem aktuellen Marktzins liegt, sowie eine Bearbeitungsgebühr.

### ■ MDGs – Millennium Development Goals / Millenniums-Entwicklungsziele

Im September 2000 beschloss die UN-Vollversammlung in New York die Millenniumserklärung. Zu ihrer Umsetzung wurden acht Ziele formuliert (u.a. die Halbierung der Armut und Senkung der Kindersterblichkeit), die bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden sollen.

### ■ NRO / NGO

Abkürzung für Nicht-Regierungs-Organisation / Non-Governmental-Organisation.

### ■ Odious Debts

»Verabscheuungswürdige Schulden« sind seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts ein völkerrechtlicher Begriff. Er beinhaltet, dass Schulden nicht zurückgezahlt werden müssen, wenn 1. das Kredit aufnehmende Land keinen Vorteil von ihnen hatte, 2. die betroffene Bevölkerung der Kreditaufnahme nicht zugestimmt hat (durch eine demokratisch legitimierte Regierung) und 3. beides den Kreditgebern bekannt war bzw. hätte sein können.

### ■ Portfolioinvestitionen

Der allgemeine Begriff »Portfolioinvestitionen« umfasst die Investitionen in Aktien heimischer Unternehmen wie auch in festverzinslichen Wertpapieren, etwa Staatsanleihen des Schwellenlandes oder eines Bundeslandes. Mit »Ausländischen Portfolio Investitionen« (FPI = foreign portfolio investments) bezeichnet man Investitionen, die von privaten oder institutionellen Investoren (z.B. »Emerging Market Funds«) an Börsen im Ausland vorgenommen werden.

### ■ Projektfinanzierung

Projektfinanzierung ist eine Finanzierungstechnik, die Kreditrückzahlungen auf die Einnahmen aus dem Betrieb des finanzierten Vorhabens abstellt. In der Regel wird dafür eigens eine Projektgesellschaft gegründet, die die für den Bau und Betrieb des Projekts benötigten Geldmittel (z.B. finanziert mit einer Mischung aus Eigenkapital und Krediten) aufbringt.

### ■ SDRM – Sovereign Debt Restructuring Mechanism

Mit dem Umschuldungsmechanismus für Schuldnerstaaten legte der IWF Ende 2001 einen eigenen Vorschlag zum Umgang mit insolventen Staaten vor. Damit sollten die meisten Forderungen an ein überschuldetes Land neu geregelt werden. Im Rahmen dieses Vorschlags hatte sich der IWF einen starken Einfluss auf die Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldnern gesichert. Der SDRM scheiterte jedoch 2003 am Widerstand der USA.

### ■ SRI – Socially responsible investment

Unter sozial verantwortlichem Investment (englisch social responsibility investment, SRI) versteht man Geldanlagen, die neben Renditekriterien auch ethische Wertvorstellungen des Anlegers berücksichtigen. Oft wird auch von ethischem Investment gesprochen.

## 4.4 Literaturverzeichnis

- Benson Durham, J.: Foreign Portfolio Investment, Foreign Bank Lending, and Economic Growth. Veröffentlicht vom Board of Governors of the Federal Reserve System in February 2003.
- Collins, Michaela: Staatsanleihen aus Schwellenländern: Eine nachhaltige Geldanlage? Bank Sarasin, 2005.
- Corporate social responsibility coalition: A big deal? Corporate Social Responsibility and the Financial Sector in Europe, 2005.
- Fournier, Karin et al: Finanzmärkte und Entwicklung. Weed. Berlin, 2003.
- Fritz, Thomas u. A.: Kapital auf der Flucht: Offshore-Zentren und Steueroasen. Über Steuerflucht, Finanzkrisen und Geldwäsche. Blue 21, 2001.
- Global Compact: Who cares wins. Connecting Financial Markets to a Changing World, 2004. Siehe: [http://www.unglobalcompact.org/Issues/financial\\_markets/who\\_cares\\_who\\_wins.pdf](http://www.unglobalcompact.org/Issues/financial_markets/who_cares_who_wins.pdf)
- KPMG und F&C: Banking on human rights. Confronting Human Rights in the Financial Sector, 2004. Siehe: [http://www.us.kpmg.com/microsite/FSLibraryDotCom/docs/Banking%20on%20Human%20Rights\\_FC\\_KPMG.pdf](http://www.us.kpmg.com/microsite/FSLibraryDotCom/docs/Banking%20on%20Human%20Rights_FC_KPMG.pdf)
- Institute of International Finance: Principles for stable capital flows and fair debt restructuring in Emerging Markets, 2005.
- IWF: Offshore Financial Centres. A progress report and the future of the programme, 2003. Unter: <http://www.imf.org/external/np/mae/oshore/2003/eng/073103.pdf>
- Liebert, Nicola: Globalisierung, Steuervermeidung und Steuersenkungswettbewerb, Weed Arbeitspapier, 2004.
- Lutz, Georg; Merk, Bernhard: Zum Beispiel Verschuldung, Nord-Süd-Lamuv, 2002.
- Network Flanders: Where do you draw the line? Research into the financial links between five bank groups and companies that abuse human rights, 2005. Siehe: [www.netwerkvlaanderen.be](http://www.netwerkvlaanderen.be)
- Oxfam America Report: Global Finance hurts the Poor, 2002.
- Schneeweiß, Antje: Investitionen in die menschliche Entwicklung. Ein Leitfaden für die Berücksichtigung entwicklungspolitischer Aspekte in sozial verantwortlichen Geldanlagen. Institut SÜDWIND, 2004. Siehe: [http://www.suedwind-institut.de/Odt\\_sw-start-fs.htm](http://www.suedwind-institut.de/Odt_sw-start-fs.htm)
- Schneeweiß, Antje: Kursbuch ethische Geldanlagen. Fischer Taschenbuchverlag, 2002.
- Schücking, Heffa; Jörg, Steffen: International und katastrophal. Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB. Südwind, 2004.
- UNCTAD: Foreign Portfolio Investment and Foreign Direct Investment: Characteristics, similarities, complementarities and differences, policy implications and development impact, 1999.
- UNEP-FI: Principles for responsible investment. Project document, 2005.
- Vander Stichele, Myriam: Critical Issues in the Financial Sector. SOMO Financial Sector Report. 2005. Siehe: [http://www.somo.nl/html/paginas/pdf/FS\\_Report\\_full\\_2004\\_EN.pdf](http://www.somo.nl/html/paginas/pdf/FS_Report_full_2004_EN.pdf)
- Weed: Zusammenfassung der Studie von Weed: »Ready for Implementation. Technical and Legal Aspects of a Currency Transaction Tax and its Implementation in the EU. Von Lieven Denys und Bruno Jetin. Berlin, 2006. Siehe: <http://www.weed-online.org/themen/106119.html>